

# Blätter für Handwerk und Gewerbe

# Zeitung = Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 11 Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbekerstr. 17. Fernspr. III, 3622.

Hamburg,  
Sonnabend, 12. März 1910.

Anzeigen kosten die viergesparte Bett-  
zeile oder deren Raum 40 Pfennig (der  
Betrag ist stets vorher einzuhenden).  
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

**Kollegen!** Zur Durchführung des Tariffs bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen! Sorgt für die Stärkung unseres Verbandes, tretet überall in die regste Agitationstätigkeit ein, erfülle jeder seine Pflicht!

## Dresden.

II.

Haben wir in der vorigen Nummer in kurzen Zügen das Resultat der außerordentlichen Generalversammlung mitgeteilt, so bleibt uns noch übrig, den Kollegen über den Verlauf der Verhandlungen im allgemeinen Rahmen noch einige Mitteilungen zu machen.

Die Generalversammlung tagte im Saale des Volkshauses, den unsre Dresdenner Kollegen recht wirkungsvoll dekoriert hatten. Anwesend waren 79 Delegierte, die angestellten Vorstandsmitglieder, der Redakteur des „B.-A.“, der Obmann des Ausschusses und die sieben Bezirksleiter. Als Vertreter der Generalkommission war Genosse Silberstorff in i d t - Berlin erschienen. In seiner Eröffnungsrede wies Kollege Tobler darauf hin, daß die Generalversammlung auf historischem Boden stand, denn in Dresden wäre vor 25 Jahren der Grundstein zu unsrer Organisation gelegt worden. In gedrängter Kürze ließ er einige der wichtigsten Momente aus diesem Entwicklungsgange vorüberziehen und stellte sie in Vergleich mit dem jetzigen Stand des Verbandes. Mit dem erfreulichen Rückschwinge unsrer Organisation steigerte sich aber auch ihr Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und nur diesem sei es zuzuschreiben, daß erst vor wenigen Wochen eine so umfangreiche Tarifbewegung zum Abschluß gebracht werden konnte. Mit diesem Abschluß könne sich nun eine Anzahl Mitglieder nicht einverstanden erklären, wie aus der vorliegenden Resolution hervorgehe; darum habe der Verbandstag als oberste Instanz endgültig zu entscheiden. Er hoffe, daß durch eine gründliche Aussprache die Differenzen geklärt werden und die Generalversammlung mit Einstimmigkeit zum Ausdruck bringe, daß wir wie bisher einig und geschlossen weitermarschieren.

Darauf hieß der Vorsitzende der Filiale Dresden, Kollege Nideröss, die Delegierten willkommen und wünschte den Verhandlungen besten Erfolg. Die Dresdenner Kollegen wußten die Ehre, daß die Generalversammlung zur Jubelfeier unsres Verbandes hier stattfände, wohl zu schätzen. Die Schildderung über den überaus günstigen Aufstieg der Filiale Dresden u. a. löste allgemeine Zustimmung aus. Zum Schluß gab der Redakteur noch bekannt, daß am Montag abend zu Ehren der Delegierten und anlässlich des Verbandsjubiläums ein Kommers stattfände und die Anwesenden im Namen der Dresdenner Kollegen freundlichst einladen.

Ein Antrag, zum 1. Punkt der Tagesordnung auch einen Korreferenten zu bestimmen, wurde abgelehnt. In das Bureau wurden als Vorsitzende die Kollegen Tobler und Stein, als Schriftführer die Kollegen Nideröss - Dresden und Stein - Berlin gewählt. Sämtliche Mandate wurden dem Antrage der Kommission gemäß für gültig erklärt.

Den Bericht über die Tarifverhandlungen erstattete Kollege Tobler. Redner hob einleitend hervor, daß die Generalversammlung in Köln sich sehr eingehend mit der Tariffrage und ihrer Entwicklung beschäftigt und durch Beschlüsse die grundsätzliche Stellung unsres Verbandes festgelegt habe. In fast zweistündiger Rede legte er dann den Verlauf der letzten Tarifbewegung in ihren verschiedenen Phasen klar, wobei er auf all die in die Erscheinung getretenen Schwierigkeiten des näheren einging. Den getroffenen Vereinbarungen gemäß wären die Forderungen unserer Kollegen aus 238 Orten

Deutschlands dem Arbeitgeberverband eingereicht worden, jedoch habe dieser sein Versprechen, auch seine Forderungen rechtzeitig an den Vorstand einzufinden, nicht gehalten. Erst in letzter Stunde hätte der Arbeitgeberverband ein vollständig neues, mit allerlei Verschlechterungen versehenes Tarifvertragsmuster unterbreitet; dem mußte sofort ein Gegenentwurf unsrerseits gegenübergestellt werden, dem sich bei den Verhandlungen auch die beiden andern Verbände anschlossen. Großer Mühe habe es in tagelangen Verhandlungen bedurft, um aus dem Vertragsmuster die schlimmsten Bestimmungen auszumerzen, stundenlang mußte man um die einfachsten Positionen kämpfen; da die Arbeitgebervertreter in keiner Beziehung etwas freiwillig zugegeben gewillt waren — bei den letzten Verhandlungen um die Regelung der Arbeitszeit und der Festlegung der Löhne lehnten sie prinzipiell jede Verbesserung ab — mußten in den wichtigsten Bestimmungen die Unparteiischen durch Schwetzsprüche entscheiden. Redner gibt unumwunden zu, daß auch ihn der geschaffene Tarif nicht befriedige, doch lehre uns die Erfahrung, daß eine allgemeine Zufriedenheit auch noch bei einem örtlichen Tarifabschluß zu verzeichnen gewesen sei. Zugem sich einmal die früheren Ortstarife etwas näher an, welche Bestimmungen da oft Aufnahme gefunden hätten. An einem Beispiel wies er nach, wie es damit zum Teil bestellt war. Unter solchen Umständen müsse die Möglichkeit wohl im Auge behalten werden, ob etwas besseres zu schaffen war.

In seinen weiteren Ausführungen ging Redner nun auf einige Tarifbestimmungen ein, die bei einem Teil der Kollegen hauptsächlich auf Widerstand gestoßen haben. So wäre z. B. die Aufrechterhaltung eines Einheitslohnes, wie er in Hamburg und einigen andern Orten bestand, bei einem Reichstarif nicht möglich gewesen. Die bez. Bestimmungen des Tarifs über die Lohnverhältnisse der Kollegen unter 20 Jahre bezeichnete man als eine einschneidende Verschlechterung; durch die Statistik sei aber nachzuweisen, daß der Prozentsatz dieser Kollegen, die unter diese Bestimmung fallen, ein sehr geringer sei. Nicht besser sieht es mit den angestellten Berechnungen über den angeblichen Lohnausfall bei Nachtstunden usw. Auch auf die Einwendungen über die sog. Leistungsklausel und den Agitationsparagraphen ging er noch besonders ein. Sein Tarifvertrag regele das Arbeitsverhältnis in allen Einzelheiten, so manche bisherige Besonderheit müßte in einem Generaltarif unbedingt verbleiben, übrigens handele es sich auch nicht darum, dies und jenes zu vereinbaren, stets sei die Hauptfache, was zu erringen möglich und durchzuholen sei.

Noch kurz streifte Redner das eigenartige Verhalten des Schweizerischen Verbandsorgans und betonte, daß sich unser Verband seine einzuschlagende Taktik nicht von ausländischen Kollegen vorschreiben lasse. Mögen sich die Schweizer nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. (Das taktlose Verhalten des Schweizer Verbandsvorsitzenden fand allgemeine Missbilligung.)

Zum Schluß hob Kollege Tobler noch hervor, daß es verkehrt wäre, nur vom örtlichen Standpunkt aus die Frage eines Reichstarifs zu beurteilen. Für den Vorstand konnte nur das Gemeinwohl des Verbandes in Betracht kommen, ein Scheitern des Tarifvertrags wäre sicherlich zum Schaden gewesen. Der Vorstand habe getan, was er im Interesse der Organisation tun mußte; deshalb sehe er der Kritik und dem endgültigen Beschuß dieser Generalversammlung ruhig entgegen

und setze das volle Vertrauen in die Einsicht der Kollegen, daß sie jede Drohung auf Absplitterung von sich weisen.

Die vorliegenden Resolutionen wurden mit zur Debatte gestellt.

Die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung sah sehr lebhaft ein. Der Opposition war hinreichend Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt und die Gründe, die zu ihrer Stellungnahme ausschlaggebend waren, zum Ausdruck zu bringen. Es zeigte sich aber bald zur Genüge, daß diese Kollegen fast ausschließlich von den gegebenen Verhältnissen ihres Ortes aus den Tarifabschluß beurteilten. So zogen die Hamburger und Bremer Kollegen Vergleiche zwischen ihrem früheren Tarif und einzelnen Bestimmungen des Reichstarifs und kamen zu dem Ergebnis, daß letzterer für beide Städte ausschließlich Verschlechterungen bringe. Die gesamten Verhandlungen hätten gezeigt, daß das Misstrauen der Kollegen gegen die zentralen Verhandlungen berechtigt war. Der Kölner Beschuß wäre eine Dämpfung der Mitglieder gewesen. Auch die Kommission hätte ihre Schuldigkeit nicht getan und weitere Verschlechterungen in den Tarif gebracht. Diese Tarifentwicklung müsse bekämpft werden, denn der Reichstarif hemme unsre Entwicklung, eine Umkehr von der seitherigen Tarifpolitik wäre dringend notwendig. Die Hamburger Delegierten ersuchten um die Aufhebung des Tarifs und um Annahme ihrer Resolution. Die Bremer Delegierten schlossen sich bis auf den letzten Absatz dieser Resolution an, betonten aber, daß sie den ganzen Tarif nicht verwirken wollten, indem sie hofften, daß bei dem nächsten Tarifabschluß die Verschlechterungen ausgeräumt würden. Außer den Delegierten der beiden genannten Filialen traten auch von den Berliner Delegierten einige als direkte Gegner des Reichstarifs auf. Die Opposition beschränkte sich demnach nur auf einige Orte. Gewiß brachten noch eine Reihe von Rednern aus Norddeutschland ihre Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Reichstarifs vor, des öfters wurde hervorgehoben, daß es tatsächlich unrichtig gewesen sei, die örtlichen Verhandlungen auszuschalten, man hätte rechtzeitig die Verhandlungen unterbrechen müssen; diese Kollegen lehnten es aber auf das energischste ab, den Tarif abzulehnen, oder gar Wege einzuschlagen zu wollen, wie es die Hamburger Resolution wünsche. Allerdings wurde von den Rednern dies Verhalten scharf verurteilt, von Arbeitern, die dafür gelten, an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung zu marschieren, hätte man dies sicherlich nicht erwartet. Recht überzeugend wurde von den Bezirksleitern und den Delegierten aus Süddeutschland nachgewiesen, daß es gar nicht zutreffe, wie so oft behauptet werde, daß der Tarif nur den süddeutschen usw. Kollegen Vorteile bringe, wie es auch nicht richtig sei, daß diese Kollegen die Tarifpolitik auf die jetzige Grundlage gebracht hätten. Der Vorwurf der Rückständigkeit müßte aufschiedenste zurüdgewiesen werden. Sicherlich wäre es erfreulich, wenn die Kollegen in einigen norddeutschen Städten um den Einheitslohn kämpfen und es wäre auch in dieser Beziehung von der Kommission dem Rechnung getragen worden, leider wäre es vergebliche Mühe gewesen. Eine Reihe von Bestimmungen aus den alten Tarifen Norddeutschlands wäre für den Reichstarif als Grundlage genommen worden, das sollten die Opponenten einmal mit in Erwägung ziehen. Und würde von den Gegnern des Tarifs vergessen, welche Verbesserungen an der Vorlage der Unter-

nehmer getroffen worden wären. Über die wichtigsten Bestimmungen wäre es überhaupt nicht möglich gewesen unter den Parteien selbst eine Einigung zu erzielen, nur auf Grund von Schiedssprüchen kamen sie zustande. Jeder Tarifvertrag stelle ein Kompromiß mit den Unternehmern dar und bei einem Kompromiß würde niemals auf beiden Seiten volle Zufriedenheit geschaffen. Darum hätte bei der Entscheidung über den Tarif nicht das Gefühl zu sprechen, sondern der nüchterne, klare Verstand den Ausschlag zu geben, von praktischen Erwägungen aus müßten sich die Delegierten bei der Beurteilung der ganzen Sachlage lassen lassen. Gegen die Verhandlungskommission oder gegen die Unparteiischen einen Vorwurf zu erheben, wäre ungerecht. In eingehender Weise wurde auch noch auf die Bedeutung der Regelung der Arbeitsvermittlung hingewiesen, die im Reichstarif obligatorisch auf paritätischer Grundlage festgelegt sei. Mit der Regelung dieser Frage habe unser Verband bahnbrechend für die ganze Arbeiterbewegung gewirkt. Wenn auch der Reichstarif uns alle durchaus nicht befriedige, so sollten wir doch versuchen, ihn zum Vorteil des Verbandes auszunützen.

Diese Ausführungen wurden von dem Vertreter des Ausschusses unterstützt. Es wäre ein gewagtes Experiment, einfach zu erklären, wir lehnen den Tarif ab. Es müßte vielmehr mit allen Mitteln versucht werden, mit dem Tarif alles für die Organisation zu erreichen, soweit dies irgend möglich sei. In schärfer Weise polemisierte er noch gegen die vorliegende Resolution.

Um dritten Verhandlungstage wurde die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Wesentlich neuere Gesichtspunkte wurden nicht mehr vorgetragen und nach den eindrucksvollen Ausführungen des Vertreters der Generalversammlung gelangte ein Schlussantrag zur Annahme. Genosse Silbermann, der den Reichstarif als ein Produkt der Entwicklung der Arbeiterbewegung bezeichnete und hervorhob, daß wir uns mit den tatsächlichen Verhältnissen abfinden müßten, schlug vor, die Abstimmung dadurch klarer zu machen, daß man sie vielleicht in drei Teile zerlege:

1. nimmt die Generalversammlung den Reichstarif an;

2. soll der Verhandlungskommission ein Tadelvotum ausgesprochen werden;

3. soll die Taktik und die Verhandlungsform für über drei Jahre bereits jetzt festgelegt werden.

Der Redner führte weiter aus, daß es Aufgabe der Delegierten wäre, die Zweifel und Meinungsverschiedenheiten in ihren Filialen zu beheben und neue Kräfte zu sammeln für die Entscheidungskämpfe, die trotz Tarife nicht umgangen werden können. Die Stellungnahme des Correspondenzblattes zur Hamburger Resolution wäre objektiv und sachlich gewesen.

In seinem Schluswort kam Kollege Löbler auf die Ausführungen einzelner Diskussionsredner zurück und stellte deren Einwendungen richtig. Der

Vorstand und die Verhandlungskommission hätten ihre volle Pflicht und Schuldigkeit im Interesse der Mitglieder getan. Er hoffe, daß man einig und geschlossen auseinandergehe, um mit vollen Kräften die Durchführung des Tarifs zu bewerkstelligen.

Nach den erfolgten Abstimmungen wurde der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Durchführung des Reichstarifvertrages in geschlossener Sitzung behandelt. Das einleitende Referat über die einzelnen Bestimmungen des Tarifs hielt Kollege Heinrich. In der regen Debatte über diesen so wichtigen Punkt wurde von den meisten Rednern Klage darüber erhoben, daß in einer Reihe von Orten die Unternehmer die Tarifbestimmungen noch nicht durchgeführt haben, oder sich weigern, sie zur Ausführung zu bringen. Allenthalben wurde verlangt, daß strikte Maßnahmen getroffen werden, um so bald wie möglich den Tarif allgemein zur Durchführung zu bringen.

Die vorgelegte Resolution gelangte zur Annahme. Damit waren die Arbeiten der außerordentlichen Generalversammlung beendet. Nachdem Kollege Streine noch einen Rückblick auf das Ergebnis des Verbandstages geworfen, die Kollegen ermahnt, nun allerwärts für die Beschlüsse einzutreten, mit allen Kräften die Agitationstätigkeit wieder aufzunehmen und den Dresdener Kollegen für ihre Gastfreundschaft und den ausgezeichnet verlaufenen Festkonzert den Dank der Delegierten ausgesprochen hatte, schloß er mit einem Hoch auf das Weitergedenken unsres Verbandes nachts 10 Uhr die Generalversammlung.

\*

So hat nun die oberste Instanz unsres Verbandes mit überwältigender Mehrheit in der Frage der Tarifpolitik ihr Votum abgegeben. Damit ist die Wahl geflärt und an den Kollegen unsres Verbandes liegt es nun, den Beschlüssen der Generalversammlung Rechnung zu tragen und mit neuem Mut überall die Agitations- und Organisationsstätigkeit zum Wohle des Ganzen aufzunehmen.

### Arbeiter, die ihre Feinde wählen.

Die preußische Wahlrechtsbewegung hat die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur offenen Stellungnahme gezwungen. Die preußische Regierung hat durch ihren famosen Wahlrechtsentwurf offenbart, daß sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht für wichtig erachtet, im Staatswesen mitzuverarbeiten. Sie ist Gegner des gleichen Wahlrechts, das dem unbemittelten Mann den gleichen Einfluß auf den Landtag einräumt, wie den Besitzenden. Sie gibt zwei Millionen und sieben Wohlhabenden doppelt so viel Stimmrecht, als 41 Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Kleinbauern; ja sechs der privilegierten Staatsbürger können 44 der übrigen niederkommen. Die Regierung hat aber auch nicht einmal so viel Verteilen zu ihren Staatsbürgern, um ein unbedenkliches Votum derselben zuzulassen, sonst würde sie sich nicht gegen die geheiime Abstimmung sträuben und sie als unannehmbar bezeichnen. Die Forderung der öffentlichen Stimmbeteiligung zu Protokoll soll den Wähler daran erinnern, daß er sich jederzeit und gegen jedermann wegen seiner

Stimmbeteiligung zu verantworten hat. Für jeden abhängigen Wähler liegt darin eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz. Nicht einmal zu ihren eigenen Beamten, Angestellten und Arbeitern hat diese Regierung das Vertrauen, daß sie ohne öffentlichen Druck ihrer Überzeugung folgen dürfen, denn gerade dieser Staatsangehörigen und -arbeiter wegen will die Regierung die offene Abstimmung, Entrichtung und Einschüchterung aller abhängigen, nichtstehenden Wähler, das ist die Sstellung der preußischen Regierung zum preußischen Volke. In der Preußenhymne heißt es:

"Nicht Rost, nicht Neisse  
Sichern die steile Höhe!  
Wo Fürsten stehen!  
Liebe des Vaterlands,  
Liebe des freien Mannes  
Gründen den Herrscherthron!  
Wie Frei im Meer!"

Im Wahlrechtsentwurf der Regierung lautet der Text ganz anders! Da wird das eigene Volk als der Feind des Staatswohls behandelt, dessen Existenz möglichst zu unterdrücken sei. Da wird die freie Überzeugung des Mannes mit Füßen getreten und die Liebe zum Vaterlande derart erlahmt, daß selbst ein Pfarrer Naumann öffentlich erklärt, er schäme sich, ein Preuße zu sein! Diese Regierung ist ein Feind alles dessen, was nicht durch Besitz und zivilversorgungsberechtigte Überzeugungslosigkeit legitimiert ist. Sie ist der Feind der Arbeiter und Angestellten, der Kleingewerbetreibenden, Kleinkaufleute und Kleinbauern, die sie entrichten will. Sie ist das Werkzeug der "Edelsten und Reichen" der Nation, der Junker und Millionäre, der Konservativen, deren Herrschaft in Preußen sie dauernd zu führen versucht, weil diese zugleich Gegner des Reichstagswahlrechts sind und jeden Wahlrechtsraub im Reich grundsätzlich unterstützen würden. Es muß deshalb auch als ausgeschlossen gelten, daß ein Angehöriger der dritten Wählerklasse die konservative Partei in Reich, Staat oder Gemeinde in irgendeiner Form unterstützen. Kein Mann könnte so einfältig sein, dem Wolf sein Vertrauen zu schenken, — es kennt seinen Todfeind und meidet ihn. Und doch wählen Hunderttausende der Entrichteten und Verachteten, der Deklassierten konservative Abgeordnete! Nur politischer Überstand, den ein Mann beschämten würde, bildet die Erklärung für solchen Wahlnach. Diesen Überstand zu überwinden, wird das Werk der bis in die Tiefen des Volkes eindringenden Wahlrechtsbewegung sein, die Licht und Wahrheit bis in die tiefstgelegten Hütten trägt und den Armen das Bewußtsein ihrer Menschen wieder gibt.

Auch die bürgerlichen Parteien haben Stellung zur Wahlrechtsfrage nehmen müssen. Für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in Preußen treten nur die Freisinnsparteien ein, so sehr sie auch vieles von der Sozialdemokratie schelten. Es ist dies ein erfreulicher Erfolg der Wahlrechtsbewegung, die diesen Parteien die Heeresfolge aufzwingt. Die Nationalliberalen fordern zwar die geheime Abstimmung und die direkte Wahl, auch erachten ihr Parteinteresse eine gerechte Wahlkreisenteilung, die den Städten und Industriefreien mit starkem Bevölkerungswuchs den ihnen gebührenden Einfluß sichert. Aber sie wollen nichts von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wissen, sondern verlangen, daß die Stimmen nach Besitz, Bildung und Verdiensten gewogen werden. Vereint mit den Konservativen und der Regierung führen sie das Dreilaßenvorwahlrecht, höchstens ein Pluralwahlsystem, das den Besitz privilegiert, fände Gnade vor ihren Augen. In der Landtagstommision haben die Nationalliberalen die Anträge auf Beseitigung des Klassenwahlrechts, auf Herauslösung des Wahlfähigkeitstalters, sowie auf niedrigere Maximalgrenze der Steuerabrechnung niedergestellt. Dafür unterstützten sie durch Anträge, die glücklicherweise abgelehnt wurden, den

### England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaudreien von Ad. E.

#### XI.

##### Wo Robert Owen wirkte.

"Mein Ziel ist einzige, die Menschheit dem Glück näher zu bringen." Der das sagte, war Robert Owen, einer der sympathischsten Menschenfreunde, den der Wahlspruchstradition und sein Streben, die Menschen glücklich zu machen, später zum Sozialismus führte. Owen kam schon im jugendlichen Alter aus Newtown in Wales, wo er 1771 geboren worden war, nach Lanark, ein Bahnhundert südlich von Glasgow am Clyde gelegen. Hier unterstanden ihm die großen Spinnereien, die sich im engen, tiefen Tale des Clyde hinziehen. Owen empfand künftiges Erbarmen mit der Verkommenheit der Arbeiter; aber er war weit davon entfernt, sie für ihr stilles und materielles Glück verantwortlich zu machen. Er hatte bereits erkannt, daß der Mensch das notwendige Produkt aus seiner Naturanlage, seiner Erziehung und der ihm umgebenden, ihn beeinflussenden Verhältnisse sei. Deshalb änderte er diese Verhältnisse, und er änderte damit in überreichend kurzer Zeit die Menschen. Die Fabriken beschäftigten welt über zweitausend Arbeiter. Bei 16 bis 18 Stunden täglicher Arbeitszeit war die Entlohnung miserabel. Die Überanstrengung führte zur Trunksucht. Der Lohn reichte nicht aus zur Bezahlung des Whisky; so gerieten die Arbeiter immer tiefer in die Kreide beim Trinker, und ihre Notheit hielt der Unwissenheit die Zunge; der Nachwuchs war krank und schwach; die Frauen verloren die Fähigkeit, gesunde Kinder zu gebären, wie die Männer die Kraft verloren hatten, gesunde Kinder zu zeugen.

Owen führte den zehntägigen Arbeitstag ein, verdoppelte den Lohn, ließ den Kindern Unterricht und freudliche Erziehung zuteil werden, lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf Spiele und Bewegung im Freien, entzog die Bildungsbedürfnisse, machte sie durch eine von ihnen selbst geleitete Konsumgenossenschaft unabhängig von den Trinkern und hatte die Freude, schon nach wenigen Jahren einen völligen Wandel der Menschen herbeigeführt zu sehen. Der Ruhm über Owens Werken verbreitete sich sehr bald über ganz Europa. Gerade hundert Jahre ist das her. Owen hatte 1800 die

Führung der Fabriken übernommen und behielt sie bis 1829. Sein Nachdenken und sein praktisches Wirken machten ihn zum Sozialisten. Er wollte den persönlichen Unternehmergewinne völlig ausschalten durch Errichtung von Arbeitsbauten und durch Magazine zum Austausch der verschiedenen Arten von Arbeitszeugnissen. Dazu sollte ein besonderes Arbeits-Papiergefeld dienen, dessen Einheit Owen im Lohne für eine Arbeitsstunde erblickte. Der redliche, selbstlose Mann opferte diesen Versuch, den Sozialismus im kleinen durchzuführen, sein Vermögen. Er mußte damit Schiffbruch leiden wie alle seine Nachfolger. Dazu kam, daß er eine Zeitlang so Gefeierte der Gegenstand pöbelhaftester Angriffe und schändlichster Verleumdungen wurde, als das Kapital erkannte, daß Owens Ziel auf Beseitigung der kapitalistischen Produktion hinausließ.

Owen hatte den Kirchenglauben, das persönliche Eigentum und die Unlöslichkeit der Ehe als "Dreieinigkeit des Bösen" bezeichnet. Das gab den Angriffspunkt. Die kapitalistische Presse fiel über ihn her, daß er bald als ein von allen Anständigen geächteter Verbrecher stand. Die wackeren Beschützer von Thron, Altar und Geldsack haben also schon damals ihr Handwerk gar gut verstanden. Owen mußte die Fabriken aufgeben, ging mit dem kleinen Reste seines Vermögens nach Amerika, setzte hier bei weiteren sozialistischen Versuchen den letzten Teil seines Geldes zu und starb 1858 zwar in Armut, aber im festen Vertrauen, daß die Sache der Arbeit siegen werde. Sein Grab befindet sich in seiner Geburtsstadt Newtowen am Ufer des einst goldenen Severn, dessen Wasser jedoch wie das aller andern Flüsse in den englischen Industriegebieten durch alljährliche Abwasser verschmutzt und verbraucht ist, sodass der einstige Flussreichtum verschwunden ist.

New Lanark, der einstige Schauplatz von Owens Werken, weist nicht allzuviel Erinnerungen an Owen auf. Die Spinnereien bestehen noch; sie sind im Besitz einer Aktiengesellschaft. Die Wohnhäuser der Arbeiter sind sauber gehalten, machen jedoch keinen besonders freundlichen Eindruck. Die Löhne sind die üblichen für Männer im Durchschnitt wöchentlich 20—25 Schilling, für Frauen und Mädchen 14—18 Schilling. Ich habe bei dem kurzen Besuch des Ortes nicht den Eindruck gewonnen, daß der sozialistische Gedanke bei den Arbeitern tiefer eingedrungen sei als anderwärts. Gewerkschaftlich organisiert sind sie ja fast sämtlich. Aber die Bindung nennst, nicht trocken kann. Beider wurden wir

Trade Unions (Ferdjunköns) sind in der Tat, was ihr Name sagt, nur Handwerksvereine, die lange Zeit, zum Teil jetzt noch, nur für ihre speziellen Berufsinteressen arbeiten und nicht selten an zunftgemäßer Verzopftheit leiden. Erst neuerdings weitet sich der Begriff, und die Erkenntnis greift um sich, daß der Arbeiter sich auch politisch betätigen muß, und zwar als Partei für sich, wenn es vorwärts gehen soll.

Wenige Kilometer hinter New Lanark liegen die hochromantischen Clydesdale. In vollen Massen fließt das Wasser des wildschäumenden Sohnes der Berge über die Felswände und hat sich eine tiefe Schlucht ausgewaschen, durch die er sich gurgelnd zwängt. Bis jetzt sind die Clydesdale noch nicht verhandelt wie die des Tayers. Aber wer weiß, wie lange das prächtige Landschaftsbild noch unberührt bleibt.

#### XII.

##### Mit dem "Fliegenden Schotten" nach London.

Bisher war das Wetter dem Touristen ziemlich günstig gewesen. Nur ab und zu hatten Regentäucher die Überflüssigkeit des "Wasserdrithen" erprobt. Da sollte ein Besuch der mittelschottischen Seen, namentlich eine Fahrt über den Loch Lomond und den reizvollen Loch Katrine, mit ihren vielgepriesenen Uferlandschaften, diesen Teil der Reise abschließen. Nochmals wollten wir das schottische Hochland mit seinem ganzen Zauber, seinen trockigen Steilwänden und satten Waldern, seinen krautfreudigen Wäldern und seinem satten Wiesengrün, seinen weidenden Herden und seinen frohen Menschenkindern auf uns einwirken lassen. Der Plan war nicht ideal; er bedeutete eine touristische Feindschmeiderei. Im lachenden Sonnenschein auf dem Deck eines kleinen, kleinen Dampfsbootes sich von den Wellen schaukeln zu lassen, in Gemüthsruhe dabei eine Zigarre zu rauchen, sich der Natur zu freuen und nicht einmal Gefahr laufen zu müssen, das urplötzlich eine heben uns liebende seelreiche Jungfrau, wenn auch nicht ihr Herz, so doch ihren Magen vor uns ausschüttet, das erfüllt, wenn einige anstrengende Wochen vorangegangen sind, mit so wohligen Behagen, daß man die ganze Welt umarmen und sogar fast Mitleid mit dem geprellten Bilbow — in diesen Tagen war es gerade — empfinden könnte. So etwa hatte ich mir den Verlauf des Tages gebildet, als bei Abfahrt des Bugs von Glasgow die Morgensonne durchs Auferstehter lachte. Ach, sie kann so ver-

Wahlrechtschächer der Regierung, mittels Emporhebung gewisser Wählerschichten die Entrechtung der dritten Wählerklasse wirkamer zu gestalten, und versuchten die Drittteilung der Wähler nach Wahlkreisen statt nach Stimmbezirken durchzuführen, wodurch ebenfalls der Einfluss der Minderbemittelten geschmälert würde. Die Nationalliberalen wollen dem Volke das beleidigend-schmachvolle System der "gehobenen Wähler" dadurch schmachhaft machen, daß sie auch den sogenannten "Lebenslänglichen Arbeitern", die mindestens 12 Jahre in ein und denselben Dienstverhältnis standen, ein erhöhtes Wahlrecht sichern wollten. Das hätte die Arbeiterentlassung noch mehr in den Dienst der staatsbehaltenden Klassenpolitik stellen und neue Wahlprivilegien von Unternehmern Graden schaffen, — ein Sohn für alle diejenigen, die die Industrie in Zeiten des Arbeitsmangels aufs Pfaster stößt. So wenig versteht diese Partei die Volkspsyche, daß sie um des schaudernden politischen Schachters willen die schmerzlichsten Empfindungen derjenigen verlebt, die durch ihrer Hände Arbeit das ganze Staatsgefüge eigentlich erhalten. So kann nur eine Partei mit dem Arbeiter umspringen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums anderer schätzt, den Arbeiter im Grunde ihrer Seele aber verachtet!

Und so seltsam es ningen mag, — auch national-liberale "Volksvertreter" werden von Arbeitern gewählt. Besonders in Wahlkreisen, wo der Liberalismus noch mächtig die Kultursampause gegen den Ultramontanismus schlägt, treiben die liberalen Brotheren ihre Arbeiter rücksichtslos als Stimmvorsch zur Wahl. Ob diesen Arbeitern noch niemals der Gedanke gekommen ist, daß sie sich gegen ihre Klassen ehre verhindern, — daß sie, die Klassenfeinde, die liberale Klassenpolitik beseitigen, anstatt das Klassenwahlsystem durch ein gleiches Wahlrecht zu ersehen? Wenn sie noch niemals daran gedacht haben, dann ist es die höchste Zeit, ihnen das so deutlich wie möglich zu sagen, denn die Haltung des Liberalismus im Wahlrechtskampf ist gemeingefährlicher selbst als die der Junker, die wenigstens kein Sohn aus ihrer Freundschaft gegenüber dem demokratischen Wahlrecht machen.

Auch die Zentrumspartei stützt sich auf Wähler aus Kreisen der Arbeiterschaft und Minderbemittelten. Sie weiß dies und gibt deshalb vor, Abhängerin des Reichstagswahlrechts für den preußischen Landtag zu sein. Dieser Grundsatz hätte ihr eigentlich verbieten müssen, dem Regierungsentwurf, der eine breite Verhöhnung des Reichstagswahlrechts bedeutet, die Ehre einer Kommissionsberatung zu gönnen. Über das Zentrum arbeitet nur in der Agitation mit Prinzipien, — im Parlament öffnet es dem Parteischächer rücksichtslos die Rechte und Mittel des Volkes. Um im Reichstag mit den Konservativen einen neuen Regierungsblock zu gründen, bürde die Partei den Klerikern und Missionären die Erbschaftssteuererhöhung ersparte. Auch im preußischen Dreiflossenbau hat das Zentrum den schmutzigen Wahlrechtschächer hinzutreten, — so schmutzig, daß selbst der Geldsackaltruismus sich dessen geschämt hätte. Unter der Borgabe, Begierde jedes ungleichen Wahlrechts zu sein, hat diese Partei in der Kommissionsberatung einen einzigen Versuch gemacht, ein gleiches Wahlrecht durchzusehen, obendrein aber auch alle Anträge zu Fall gebracht, die eine Widerlung der Nachteile der Wahlungleichheit durch mathematische Beschränkung des Einflusses der privilegierten Klassen bezwecken, indem sie sich der Abstimmung enthielt. Auch für die niedrigere Maximierung der Steueranrechnung war das Zentrum nicht zu haben und noch weniger will es an der veralteten Wahlkreiseinteilung rütteln lassen, die den ländlichen Kreisen ein so enormes Übergewicht über die Stadt- und Industriebezirke verleiht und die industrielle Arbeiterschaft doppelt und zehnfach entrichtet.

Weshalb haben denn die christlichen Arbeiter abgeordneten so wenig Einfluß auf das Zentrum, daß dieses ungescheut den frivolen Volksverrat der Steuerbewilligung wagen durfte? Weil diese Partei ihre beste Stütze in Preußen und in den Volkschichten findet, die von der Arbeit anderer zehren und diesen Schichten rücksichtslos das Interesse der Industriearbeiterschaft nachsetzt wäre das Zentrum wirklich eine Arbeiterpartei und Anhängerin des gleichen Wahlrechts, so müßte es den Industriearbeitern zu einer gerechten Wahlkreiseinteilung verhelfen, die ihnen das gleiche Recht sichert wie den Landwirten.

Aber anstatt hier Arbeiterpolitik zu betreiben, hat das Zentrum in der Kommission auch noch die wichtigste Verbesserung der Regierungsvorlage, daß direkte Wahlrecht, preisgegeben, um die Zustimmung der Konservativen zur geheimen Wahl, die ohnedies bereits beschlossen war, zu ergattern. Mit den schlimmsten Feinden der preußischen Wahlreform verbündet sich diese Partei und opfert ihren Blockgenossen das letzte, was die Krone für die Arbeiter übrig hatte! Man ist manches gewöhnt vom Zentrum — aber noch niemals war die Verblüffung so allgemein, als nach diesem schmälichen Handel! Das Zentrum will den Arbeitern das Recht nehmen, ihren Abgeordneten selbst zu wählen; es will ihnen aufs neue den überlebten Wahlmannern in aufzwingen, und diese Wahlmänner sollen auch noch öffentlich ihre Stimme beim eigentlichen Wahlgang abgeben, damit Behörde, Zunder und Arbeitgeber den Mann einzuschließen können, den die geheime Wahl zum Vertrauensmann der Wähler macht!

Was sagt die christliche Arbeiterschaft zu dieser "Arbeiterpolitik" des Zentrums? Wird sie schwiegen zu solcher Bestätigung des grundsätzlichen Verlangens nach dem Reichstagswahlrecht für Preußen? Wird sie sich dazu hergeben, diesen Verrat, der weit schlimmer ist als das, was Herr v. Bethmann-Hollweg dem Volk zumutete, mit ihrer Zustimmung zu decken? Und stillschweigen vor der Willigung, wäre Mittschuld an dieser neuen Entrichtung! Die christlich organisierten Arbeiter Preußens und im ganzen Reiche werden Stellung zu dieser Haltung des Zentrums nehmen müssen, das fordern nicht bloß wir, — das verlangt das ganze Land, das in dieser schweren Stunde von den Schauern der größten aller Wahlrechtsbewegungen durchschüttelt ist, — das erfordert ihre eigene Arbeiterehre. Sie dürfen sich ja nicht mehr als Klassenengassen ehrlicher Arbeiter sehen lassen, wenn sie schwiegen zu diesem unerhörten Handel! Noch ist es vielleicht Zeit, den Verrat zu verhindern, — ihn zu brandmarken und sich loszusagen von dieser Politik! Es ist ernst mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen!

Die Wahlrechtsbewegung des arbeitenden Volkes in Preußen wird Karriere über diese Situation schaffen. Sie wird den Wahlrechtsverrat des Zentrums den christlichen Arbeitern vor Augen führen, — sie wird nachdrücklich allen Beschönigungs- und Vertuschungsversuchen dieser Partei entgegentreten und Antwort fordern von den christlich organisierten Arbeitern auf die Fragen:

Arbeiter, die Ihr verbündeterweise Eure hintersten Feinde wähltet, — schlimmer kommt Ihr nicht betrogen werden! Aber lernt daraus und fordert Rechenschaft von den Wahlrechtsräubern!

## Die neuesten Erfahrungen mit den städtischen Arbeitslosenversicherungen in Deutschland.

Die soeben erschienene Nummer des Reichs-Arbeitsblattes bringt eine Übersicht über die Tätigkeit der städtischen

Arbeitslosenversicherungen in Deutschland. Sie ist deshalb besonders wichtig, weil sie sich auf das Jahr 1908/09 bezieht, also auf eine Zeit der wirtschaftlichen Krise. Zuletzt haben erst sehr wenige Städte eine Arbeitslosenversicherung, nämlich nur Köln a. Rh., Straßburg i. Els., mit Söldenheim und Wischheim, Erlangen und Mühlhausen i. G. Letztere Arbeitslosenversicherung schiedt aber für unsre Bearbeitung aus, da die Versicherung erst am 1. Dezember 1909 ins Leben getreten ist.

Um ein Bild von der praktischen Bedeutung der städtischen Arbeitslosenversicherung zu erhalten, sei angeführt, daß die Versicherungen in ihrem letzten Geschäftsjahr Unterstützungen geleistet haben in Köln für 37 971½ Tage, in Straßburg für 4989 Tage und in Erlangen für 1892 Tage. Wir haben bis zum 30. September 1909 für 1892 Tage. Wir haben es also mit recht bescheidenen Besuchern zu tun, die aber zu sehr beachtenswerten Ergebnissen geführt haben.

Die Versicherung in Köln hat 1907 Versicherte. Der Versicherung in Straßburg haben sich 22 Verbände mit circa 6000 Mitgliedern angeschlossen. Diese Verbände haben ebenfalls eine Arbeitslosenversicherung durchgeführt. Ihnen leistet die Stadt Straßburg regelmäßig einen Zuschuß von 50 Prozent der Verbandsunterstützung. Jedoch hatten die Gewerkschaften im letzten Jahre 10 608½ Unterstützungstage, während die Stadt, wie oben bereits angeführt, den Zuschuß nur für 4989 Tage geleistet hat. Der große Unterschied ist hauptsächlich darauf zurück zu führen, daß die Stadt erst nach einem jährigen Wohnsitz der Arbeitslosen in Straßburg Unterstützung gewährt, ferner darauf, daß unter den gewerblichen Unterstützten sich auch solche befinden, die nicht im Stadtgebiete wohnen, daher keinen Zuschuß von der Stadt erhalten.

Zum Vergleich mit den Zahlen in Köln müssen wir uns aber an die Unterstützung der Verbände halten. Dann ergibt sich, daß in Straßburg mehr als doppelt soviel Versicherte waren als in Köln, aber nur  $\frac{1}{2}$  von der Zahl der Unterstützungstage. Mithin ist in Köln die Zahl der Unterstützungstage zur Zahl der Versicherten im Verhältnis ungefähr 5 bis 6 mal so groß als in Straßburg.

Der Grund für diesen Unterschied liegt darin, daß die Versicherung in Köln eine freiwillige Versicherung der einzelnen Versicherten ist, während in Straßburg an der Versicherung die Gewerkschaften mit allen ihren Mitgliedern beteiligt sind, selbstverständlich nur soweit für sie die Voraussetzungen der auf das Stadtgebiet beschränkten Einrichtung erfüllt sind. Demnach hat die Versicherung in Köln den Mangel einer jeden derartigen freiwilligen Versicherung, daß sich an sie in erster Linie die schlechten Rätsen wenden. Sie stellt sich dann auch im wesentlichen als eine Versicherung der baugewerblichen Arbeiter für den Winter dar. Bei ihr ist die Zahl der Unterstützungstage im Vergleich zu der Zahl der Versicherten bedeutsam höher als bei einer Versicherung, die alle Arbeiter umfasst würde.

Auf der anderen Seite freilich ist bei der Versicherung in Straßburg die Zahl der Unterstützungstage im Vergleich zu der Zahl der Versicherten bedeutend kleiner als bei einer Versicherung aller Arbeiter. In Straßburg waren an der Versicherung am häufigsten beteiligt die Verbände der Metallarbeiter, Buchdrucker, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Handlungsgeschäftsleute, Zimmerer, Fabrikarbeiter und Buchdruckereihilfsarbeiter. Die Versicherung ist berechnet auf die geraden Arbeiter mit Ausnahme der Maurer und Steinmacher. Demnach erstreckt sich die Versicherung nicht auf die Berufe mit den schlechtesten Rätsen: Bauarbeiter, arbeiter Zimmerer und Ungelernte.

In Köln waren nicht ganz  $\frac{1}{4}$  der Versicherten geradete Arbeiter und zahlten 45 Pf. die Woche Beitrag; etwas mehr als  $\frac{1}{4}$  der Versicherten waren ungelernte Arbeiter, deren Wochenbeitrag nur 35 Pf. betrug. Ungefähr in demselben Verhältnis steht die Zahl der Tage, für die eine Unterstützung von 2 Mt. gezahlt wurde, zu der Zahl der Tage mit einer Unterstützung von 1 Mt. Die Unterstützung von 2 Mt. wird nach zwei Karrentagen für die ersten 20 Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt, die Unterstützung von 1 Mt. für die weiteren Tage, aber höchstens für 28 Tage. Die Gesamtausgabe für die Tage geltender der Arbeitslosen betrug 61 934 Mt. Davon brachten die Mitglieder durch ihre Beiträge 26 439 Mt. = 42,7 Prozent. Mithin war ein Zuschuß von mehr als 34 000 Mark notwendig. Die Stadt Köln leistet in den letzten Jahren einen Zuschuß von 20 000 Mark pro Jahr zu der Versicherung. Außerdem zahlten im letzten Jahre 213 "Grenzmitglieder" zusammen einen Beitrag von 235 Mark. Da dieser Beitrag von Jahr zu Jahr geringer geworden ist, die Mitglieder aber durch ihre Beiträge ebenso wie im letzten Jahre, in den meisten vorhergehenden Jahren weniger als die Hälfte der notwendigen Tagesgeldern für die Arbeitslosen aufgebracht haben, so wird die Stadt ihren Zuschuß erhöhen müssen, wenn sie die Leistungen der Versicherung nicht noch weiter sinken lassen will.

Der Stadt Straßburg kommt die Arbeitslosenversicherung viel billiger. Ihr Zuschuß betrug nur 3507,36 Mark im letzten Jahre. Jeder Notstandsarbeiter kostet ihr durchschnittlich 52,50 Mark Zuschuß, dagegen jeder versicherte Arbeitslose durchschnittlich nur 12,66 Mark Zuschuß. Diese geringere Ausgabe für die Arbeitslosenversicherung in Straßburg ist deshalb erklärt, weil ja auf jeden Versicherten viel weniger Unterstützungstage als in Köln kommen, und außerdem die Versicherten nicht die Hälfte, sondern  $\frac{1}{2}$  der Unterstützung aufbringen.

Die Vorteile des Genter Systems, leichte Kontrolle von Grund und Dauer der Arbeitslosigkeit — obwohl sich die Stadt nicht wie in Gent mit der gewerkschaftlichen Kontrolle begnügt — und Billigkeit, haben sich in Straßburg auch im letzten Jahre gezeigt. Eine Verbesserung im Vergleich mit Gent stellt die enge Verbindung mit dem städtischen Arbeitsnachweis dar. Daß die Einrichtung das Vertrauen der Beteiligten genießt, beweist der Umstand, daß die vorgegebene Schiedsinstanz in keinem einzigen Falle angerufen worden ist.

In Erlangen ist die Versicherung ausdrücklich auf geradete Arbeiter beschränkt. Ferner wird nicht wie in Straßburg ein, sondern dreijähriger Wohnsitz und bei Unverheirateten die Heimabreitzeitung verlangt. Auch ist die Unterstützung geringer als in Straßburg. Dafür ist der Kreis der Versicherten erweitert: Die Zuschüsse sollen nicht nur den Gewerkschaften, sondern jeder Arbeitslosenversicherungs- und Unterstützungsstasse und sogar solchen arbeitslosen gelernten Arbeitern gewährt werden, die keiner Klasse angehören. Unterstützt wurden vom 1. Jan-

ins Bett legte. O Loch Lonond, o Loch Katrine, was für einen Brummschädel habt ihr auf eurem Gewissen! Schämt euch!

Von Glasgow bis London sind es 660 Kilometer. Täglich legt ein Schnellzug, der "fliegende Schotte", diese respektable Strecke in wenig mehr als acht Stunden zurück. Er darf sich ohne Uebertreibung Schnellzug nennen. Wenn er bergauf oder in der Ebene fährt, dann verschludet er die Kilometer wie ein Walisch die Heringe; er laut sie nicht; er verschlingt sie nur, einen nach dem andern. Wir haben streckenweise Geschwindigkeiten bis an hundert Kilometer die Stunde gehabt. Aber es fährt sich hübsch. Auch in der dritten Klasse liegen lange Rässen auf den Sitzbänken, und die Nüchternheit ist gleichfalls gepolstert. Da hält man's schon aus.

Eine Stadt um die andre fliegt vorüber. Da liegt gleich rechts, fast am Ufer des seichten Solway Firth, das einst vielgenannte Gretna Green, in dem der Dorfschmied das Recht besaß, gültige Ehen zu schließen. Gar manches Brautpaar, das mit den Eltern oder Schwiegereltern nicht einig werden konnte, hat die Dorfschmiede heimlich aufgesucht und sie als Chepaar verlassen. Auch aus England sind sie hergeschlossen. Narrische Menschen! Erst möchten sie sich vor Liebe ausspielen, und einige Jahre darauf bedauern sie, daß sie das nicht getan haben.

Alle die großen Industriestädte liegen an der Route oder doch nicht weit ab. Carlisle, Lancaster, Preston, Blackburn, Bolton, Liverpool, Manchester, Warrington, Chester, Crewe, Newcastle, Stafford, Birmingham, Northampton, Wolverton und duzend andere werden auf der Fahrt direkt berührt oder sind auf Nebenlinien leicht zu erreichen. Hier wichtige Hochösen, dort breite Schachttürme, da ein Gewirre von Fabrikessen, und überall ein Hämmern und Surren, ein Kreischen und Brummen — man merkt, man fährt durch die ältesten großkapitalistischen Industriegebiete. Da gibt es keinen Produktionszweig, der nicht in einer der Städte seinen Wohnsitz hat. Metall, Holz, Stein, Gewebe, Farben, Zellstoffanlagen — es ist alles vertreten. Nur selten durchschlägt der Zug rein ländliche Gegenden. Und dann kommt es uns näher, das Unendliche, Riesengewaltige! Über Brücken, durch Tunnel, über Blabutte, durch diese Einschnitte; das Hüllermeer will nicht mehr aufzuhalten.immer steifer schließt sich der Zug hinein. Endlich hält er, als wollte er den Kampf gegen das Unmögliche aufzugeben. London ist erreicht.

bis 30. September 1909 im ganzen 85 Arbeitslose, 67 organisierte und 28 nichtorganisierte. Die Höhe der Tageunterstützung betrug 50 Pfsg. bei 12 Organisierten und 2 Nichtorganisierten, 60 Pfsg. bei 45 Organisierten und 26 Nichtorganisierten. Die Zuschüsse der Stadt werden im ganzen Jahre mehr als 1200 Mark betragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stadt Erlangen nur 24.000 Einwohner hat.

Die Erfahrungen in Köln sind weniger ermunternd. Anders steht es mit den Erfahrungen in Straßburg und Erlangen. So ungünstig die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in diesen Städten sind, so beweisen sie doch, daß sowohl in größeren, als auch in kleineren Städten der Anfang einer Arbeitslosenversicherung gemacht werden kann. Diese Anfänge sind im Interesse der Arbeitslosen dringend notwendig, zugleich aber auch als Vorarbeiten für die staatliche Arbeitslosenversicherung zu begründen.

#### Die gesetzlichen Regelung der Stellenvermittlung.

Dem Reichstage ist kürzlich ein Entwurf zur gesetzlichen Regelung des gewerbsmäßigen Stellenvermittlungsweises zugegangen. Die Bestimmungen des § 34 der Reichsgerbereiordnung, die das Gewerbe der Stellenvermittlung konzessionspflichtig machten und die auf dieser Grundlage erlassenen landesgesetzlichen Bestimmungen haben es nicht vermocht, schwere Widerstände, die insbesondere für die Stellensuchenden eingetreten sind, fernzuhalten oder zu beseitigen. In größeren Bundesstaaten ist die von der Vermittlung beliebte Verfestigung und Sicherstellung der Stellensuchenden noch erlaubt; auch die Stellenvermittlung als Gewerbebetrieb im Unrechten ist in einzelnen Staaten gestattet und in anderen nur von der polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht. Und endlich ist die Erhebung der Einfuhrabgaben auf die verschiedenenartigsten Bestimmungen unterworfen, da auch diese Frage bisher der landesgesetzlichen Regelung überlassen war.

Trotz aller wegen der Besetzung und Unterschiedigkeit an gesetzlichen Bestimmungen fehlt es bisher an Vorschriften, die eine Handhabe zur Beseitigung der vielen und schweren Widerstände hätten bieten können. Die häufigsten dieser Widerstände liegen auf dem Gebiete der materiellen Ausbeutung der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber. Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund, teilt in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern mit, daß allein die deutsche Landwirtschaft nur für die Beschaffung von Salzarbeitern an Provinzen und Kreisstellen mindestens etwa 10 bis 15 Millionen Mark jährlich zu zahlen habe. Es wäre sehr verlockend, bei dieser Gelegenheit die Frage zu ventilieren, in welchen Umfang sich eine Verminderung der Bandflucht ländlicher Arbeiter erreichen ließe, wenn die Stellenvermittlungsgebühren und Kreisstellen aufgewendet würden zur Ausbesserung der Löhne. Bei höheren Löhnen und bei einer besseren Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiter würden die öffentlichen Arbeitsnachweise schon in der Lage sein, den Bedarf an Arbeitskräften gegen ganz geringe Kosten zu vermindern.

Auch im Gaststättengewerbe werden an Vermittlungsgebühren erstaunlich hohe Säcke erhoben. Begegnung der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Gastwirtsgewerbe in Hamburg ist durch die Detailistenkammer ähnlich festgestellt worden, daß an Vermittlungsgebühren gefordert und selbstverständlich auch gezahlt werden sind vom Direktor oder Geschäftsführer, Kellenchef oder Buchhalter, Koch oder Konditor, Bierzapfer, Portier oder Haussdienner, von der Direktorin, der Köchin, Kassiererin, Buchhalterin, Kammer und Busselame 25 Prozent des ersten monatlichen Gehalts! Oberkellner für Hotels oder Restaurants zahlen 30 bis 45 M., Saalkellner oder Buttriger 12 bis 20 M. und Bierkellner oder Bierkellner 30 bis 40 M. Selbst von Kellnerlehrlingen wurde eine Gebühr von 7,50 M. erhoben und das Ausbildungspersonal mußte 10 Prozent des Tagelohnes abführen. Für ein Seebtierfräulein betrug die Lohn 18 M., für ein Zimmer- oder Küchenmädchen 7,50 bis 9 M.!

Wie diese Zahlen beweisen, haben die gewerblichen Stellenvermittler aus der Notlage der Stellensuchenden ein einträgliches Geschäft zu machen gewußt. Die "Aventuren" zur Vermittlung von laufmännischen Personen, von Schauspielern, Gesangs- und Varieté-Künstlern arbeiten mit ähnlich hohen Gewinnen. Sie alle haben ein Interesse daran, daß möglichst häufig Stellenwechsel eintreten und suchen darum nicht selten langjährige Verträge mit den unkantierten Mitteln zu verhindern oder die Stellensuchenden zum Kontraktbruch zu verleiten. Ihre Opfer locken sie durch Anzeigen in den Zeitungen an sich heran und vermitteln sie nach Orten und in Stellungen, in denen die Arbeitssuchenden keine statt Brod finden. Eine Förderung findet dieser skrupellose Menschenfänger in dem Verhalten der Unternehmer, die die verlogenen Versprechungen und Lockungen der von ihnen beauftragten Vermittler nicht nur dulden, sondern in vielen Fällen direkt diktieren. Wer die Folgen dieser gewissenlosen Geschäftsmethoden beobachten will, braucht nur einmal das Ruhrtholenreise zu besuchen, in das unter den glänzendsten Versprechungen Hunderte von Familien aus dem Osten gelockt werden, um am Bestimmungsort erfahren zu müssen, daß sie schmählich bestrogen sind. Im Kreise Barnim, einem schlecht besiedelten Teil der Provinz Pommern, hat eine einzige Stellenvermittlerin in fünfzehnjährigen 95 Arbeiterfamilien zum Abzug nach dem Westen verleitet.

Ob der vorliegende Gesetzentwurf alle die auf dem Gebiete der Stellenvermittlung zutage getretenen Widerstände beseitigen wird, muß ständig beweist werden. Dazu gehört noch ein wenig mehr: Ein freies Koalitionsrecht, ausgedehnt auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten. So lange noch die sogenannten Gesindeordnungen existieren, wird bei der ländlichen Arbeiterschaft und bei den Dienstboten das Interesse der gewerblichen Stellenvermittlung weiter wuchern.

#### Aus der Berufsstatistik vom Jahre 1907.

Mit dem Bande 205 der Statistik des Deutschen Reiches wird der Teil des Quellenwertes der Berufsstatistik vom Jahre 1907 abgeschlossen, der die Gesamtbevölkerung der Bundesstaaten nach Haupt- und Nebenberuf darstellt. In gleicher Weise wie der Band 204 für den größten Bundesstaat Preußen, seine Provinzen und

größeren Verwaltungsbezirke, behandelt der neue Band die Gesamtbevölkerung der übrigen Bundesstaaten, ihrer Landesteile und größeren Verwaltungsbezirke, scheidet die Bevölkerung nach der Bezeichnung zum Hauptberuf in Erwerbstätige, beruflose Selbständige, bei der Herrschaft lebende und Dienstboten (ohne eigenen Hauptberuf) und ordnet diese Bevölkerungsgruppen nach den Berufskategorien, zu denen sie (unmittelbar oder mittelbar) gehören. Dabei werden die Berufskategorien auch nach Berufsgruppen und -abteilungen zusammengefaßt und die Berufsstellungen darin nachgewiesen, nämlich die Stellung im Beruf als Selbständige, Angestellte oder Gehilfen (Arbeiter, einschl. auch der mitgehenden Familienangehörigen). Weiterhin wird dargestellt, wie viele der Hauptberufstätigen jedes Berufes Nachenerwerbs unterstreben unter Herabhebung des Nebenerwerbs in der Landwirtschaft. Sodann werden die auf diesen Beruf entfallenden Fälle nebenberuflicher Tätigkeit aufgeführt und dabei die Anzahl der Fälle besonders berücksichtigt, in denen hauptberuflich Beschäftigte noch im Nebenerwerbstätig sind.

Nach dem Hauptberufe gehörten 1907 zur Berufsabteilung Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft

im Bundesstaat	als Erwerbstätige	als Berufszugehörige überhaupt (Erwerbstätige mit ihren Angehörigen und Dienstboten zusammen)
Bayern . . . . .	1.697.948	2.659.127
Sachsen . . . . .	261.902	490.902
Württemberg . . . . .	506.061	882.421
Baden . . . . .	426.793	672.945
Hessen . . . . .	163.387	341.899

Das sind von 100 der

im Bundesstaat	Erwerbstätigen in der Landwirtschaft	Gesamt- bevölkerung Berufszugehörige der Landwirtschaft
Bayern . . . . .	45,82	40,30
Sachsen . . . . .	11,91	10,71
Württemberg . . . . .	41,35	37,74
Baden . . . . .	37,59	32,71
Hessen . . . . .	29,21	27,67
im Vergleich dazu Preußen	32,53	28,69

Auf Industrie, einschl. Bergbau, Handel und Verkehr dagegen entstehen

im Bundesstaat	Erwerbstätige	Berufszugehörige
Bayern . . . . .	1.878.384	2.963.701
Sachsen . . . . .	1.525.633	3.416.576
Württemberg . . . . .	532.223	1.169.048
Baden . . . . .	620.861	1.004.297
Hessen . . . . .	255.633	711.222
Preußen . . . . .	8.744.554	21.243.780
Bon 100 der		

im Bundesstaat	Erwerbstätigen in Industrie und Handel	Gesamt- bevölkerung Berufszugehörige der Industrie und Handel
Bayern . . . . .	37,03	44,92
Sachsen . . . . .	69,36	74,51
Württemberg . . . . .	43,48	49,58
Baden . . . . .	45,67	53,18
Hessen . . . . .	51,02	57,55
dazu:		
Preußen . . . . .	48,48	55,93
Deutsches Reich insgesamt	43,74	56,16

Nebenberufliche Beschäftigungen lamen vor:

im Bundesstaat	insgesamt	Bahl der Fälle		
		Land- und Forst- wirtschaft	Industrie u. Bergbau	Handel und Verkehr
Bayern . . . . .	720.252	464.417	120.487	111.917
Sachsen . . . . .	489.215	215.365	108.299	98.334
Württemberg . . . . .	303.341	198.768	45.282	49.072
Baden . . . . .	266.084	187.139	86.289	92.777
Hessen . . . . .	186.250	130.671	20.148	30.290
dazu:				
Preußen . . . . .	4.537.233	3.587.886	833.586	508.901
Deutsches Reich	7.506.695	5.601.222	750.374	950.361

#### Lohnbewegung.

##### Werftlänzenvereine.

Worms. Über die Firma Alsdorfer wurde von dem Ortsrätsamt unter dem Vorsitz des Unparteiischen Herrn Gewerbeinspektors Dr. Müller auf Grund des § 10 des Reichsstaats die Sperrung ab 7. März verhängt. Alsdorfer hat für die Arbeit am Schiffsmeier ein Angebot von 2100 M. inklusive aller Nacharbeiten eingerichtet, während die Schiffsmeister nach einer sorgfältigen Rechnung sich auf 2700 M. stellen. Die bei der Firma beschäftigten Kollegen wurden von den organisierten Arbeitgebern ohne weiteres eingestellt. Aufgabe der Vertragsparteien ist es nun, die Sperrung mit allen zulässigen Mitteln durchzuführen, damit diesem Hauptfeind in unserem Berufe, insbesondere in Worms, kräftig zu Leibe gegangen wird. Es ist schrecklich, daß eine solche Betriebsverhältnisse zu schaffen, die gesperrte Firmen zu meiden.

#### Aus unserem Berufe.

Den Berliner Kollegen zur Beachtung diene nachstehender Entschluß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg:

Gemäß Nr. 7 der Anweisung vom 10. Juli 1892 zur Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes

bestimme ich in Übereinstimmung des Erlasses vom 26. Juli 1904, O. P. 15616 II. Ang., daß die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maler und verwandten Gewerbe in Berlin in folgende Klassen eingeteilt werden:

- a) Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 4,50 M. und mehr oder deren Wochenlohn 27 M. und mehr beträgt (1. Klasse).
  - b) Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,50–4,49 M. oder deren Wochenlohn 21,00 bis 24,99 M. oder deren Monatsgehalt 9,00 bis 14,99 M. beträgt (2. Klasse).
  - c) Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,50–3,49 M. oder deren Wochenlohn 15,00 bis 20,99 M. oder deren Monatsgehalt 6,00–9,99 M. oder deren Monatsgehalt 39,00–64,99 M. beträgt (3. Klasse).
  - d) Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,50–2,49 M. oder deren Wochenlohn 9,00 bis 14,99 M. oder deren Monatsgehalt 3,00–6,99 M. oder deren Monatsgehalt 14,00–23,99 M. beträgt (4. Klasse).
  - e) Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag weniger als 1,50 M. oder deren Wochenlohn weniger als 9,00 M. oder deren Monatsgehalt weniger als 39,00 M. beträgt (5. Klasse).
- Durchschnittliches Lohn jehe ich

für die 1. Klasse auf . . . . . 5.— M.  
" " 2. " " " . . . . . 4.— "  
" " 3. " " " . . . . . 8.— "  
" " 4. " " " . . . . . 2.— "  
" " 5. " " " . . . . . 1.— "

Hierdurch fest.

Der Ober-Präsident

F. B. v. Winterfeldt.

Vorsteher des Erlasses des Herrn Ober-Präsidenten trifft mit dem 28. März 1910 in Kraft.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Maler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bonbottierte Leute. Wie weit Unternehmer ihren Terrorismus gegen ihnen mißliebige Personen, die ihnen nicht gefallen haben, zu treiben vermögen, erleichtert man aus einem Ausdruck in der Zeitschrift "Neue deutsche Malerzeitung", dem offiziellen Organ des Unternehmerverbandes von Schleswig-Holstein. Der Aufruf lautet:

War nun g.

Kiel, im Januar 1910.

Allen Kollegen teilen wir hierdurch mit, daß die Malerlehrlinge 1. Karl Friedrich Krabbendorff, geboren 23. September 1890 in Göttersdorf, Kreis Eckernförde; 2. Franz Sokolowski, geboren 2. Februar 1892 in Kiel, durch die Handwerksschule in Altona aus der Lehre entlassen sind. Grund der Entlassung war fortgesetztes Verlämmen der Schule.

## Arbeitslosenstatistik der Filiale Riel für das vierte Quartaljahr 1909.

Befragten		Arbeitslosigkeit				Krankheit				Sohnverlust				Durchschnittlicher Gehundenlohn		Geharter Beruf	
Befragten	Zahl der Arbeitslosen im Verdienst	Zahl der Zage auf pro Kopf der Befragten	Zage auf pro Kopf der Arbeitslosen	Zahl der Kranken	Zahl der in Verdienst im Verdienst	Zage auf pro Kopf der Befragten	Zage auf pro Kopf der Kranken	Sohnberuft	Wegen Krankheit	Sohnberuft	Wegen Krankheit	Durchschnitts- licher Sohn- verlust pro Zug	Gesamt- Sohnberuft	Durchschnittlicher Gehundenlohn	Geharter Beruf		
1000	394	1,00	1,00	150	100	1,00	1,00	150	1,00	150	1,00	150	1,00	1000	1000		

## Für den Monat Oktober:

Efficiency of the SBR system: 83.5% (mean).

EF64 has 883 pages of ① material.

300 | 152 | 56,66 | 2628 | 8,76 | 17,29 | 22 | 7,33 | 426 | 1,42 | 19,36 | 9192,54 | 1504,76 | 8,43 | 10697,30] 59,43 | 20

Beritalung sonst vielfach mit der Unlust der meisten Kollegen zu ernster Agitationarbeit zu rechnen, so war es jetzt anders; Ha u g i t a t i o n wurde dauernd erfolgreich durchgeführt und so ist es uns gelungen, unsern Mitgliederbestand am Schluss des Jahres auf 290 zu bringen. Auch der innere Zusammenhang der Kollegen hat sich gesetzt und neue Schaffensfreude belebt die Kollegen, die es als ihre Hauptaufgabe betrachten, sich und ihren Arbeitskollegen auskömmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Gar viel ist hier noch zu bessern. Die Löhne sind für den teuren Lebensunterhalt hier selbst äußerst gering. Ein Durchschnitt erzielten Kollegen über 20 Jahre 49 Pf., Kollegen unter 20 Jahre 45 Pf. zieht man dazu noch die lange Arbeitslosigkeit in Betracht, die hier jeden Winter herrscht, so ist es begreiflich, daß ein großer Teil der Kollegen mit dauernder Not zu kämpfen hat. Auch die geschätzten Bevölkerungen zur Verhütung von Bleivergiftungen scheinen für Stettin keine Geltung zu haben, da sie wenig oder gar nicht berücksichtigt werden.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten unserer Organisation sowie zur Agitation und Auflösung wurden 16 Versammlungen abgehalten, darunter eine öffentliche und zwei Extra-Versammlungen für die auf den Seiten beschäftigten Kollegen. Abgesehen von den letzten Versammlungen des Jahres, die sich mit dem zu schaffenden Stetkostatirf beschäftigten, war der Versammlungsbesuch sehr minimal zu nennen. Außerdem machte sich 17 Vorstandssitzungen und 13 erweiterte Vorstandssitzungen notwendig.

Um die Verwaltungsgeschäfte der Filiale auch fernerhin erfüllt erledigen zu können, sowie den Kollegen, die den Arbeitsnachweis und die Bibliothek benutzen, unnötige Ausgaben zu ersparen, mussten geeignete Büroräume gemietet und zweckentsprechend eingerichtet werden. Soviel bisher ersichtbar, wird auch dieses Vorgehen sicher zur guten Fortentwicklung unserer Filiale beitragen.

Ueber die Kassenverhältnisse sei folgendes berichtet: Die Gesamteinnahme betrug 6281.57 Ml., die Gesamtausgabe insl. der an die Hauptklasse abgesetzten Beiträge und Eintrittsgelder 5887.93 Ml., so daß ein Kassenbestand von 393.61 Ml. vorhanden ist. Die Entwicklung der Beiträge seitens der Mitglieder geschah punktlicher wie in den Vorjahren, jedoch mußte leider auch in diesem Jahre eine Anzahl Mitglieder wegen restierender Beiträge gestrichen werden. Nachstehend angegebene Zahlen mögen den Kollegen ein Bild von der Mitgliederbewegung am hiesigen Orte geben: Mitgliederbestand Ende 1908: 232; aufgenommen 140, zugereist 45, insgesamt 417. Gestrichen wegen restierender Beiträge 50, ausgetreten 1, abgereist 74, gestorben 2, in Summa 197. Mitgliederbestand Ende 1909: 290

Summa 127. Wettgliederbestand Ende 1909: 290.  
Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt uns, daß wir wohl einen guten Schritt vorwärts gekommen sind, daß aber auch für das Jahr 1910 noch reichlich Agitationsarbeit vorhanden ist. Nun gilt es, die letzten Kollegen für uns zu gewinnen; vor allem aber auch für uns Stettiner Kollegen solche Arbeitsbedingungen durchzuführen, daß es auch uns möglich ist, vom Lohnne unsrer Arbeit als Mensch zu leben. Wollen wir das erreichen, so heißt es heute mehr denn je: „Einer für alle und alle für einen!“

# Jahresbericht der Firma Mannheim-Ludwigshafen für das Jahr 1909.

Im Laufe des Jahres wurden die Spalten des Ver-  
eins-Anzeigers unsrerseits sehr wenig in Anspruch ge-  
nommen, daher erscheint es angebracht, jetzt einen Rück-  
blick zu werfen auf das verflossene Jahr, um den Mit-  
gliedern einen kurzgebrängten Bericht über die Entwick-  
lung und die wichtigsten Vorgänge innerhalb der Filiale

Das Jahr 1909 stand immer noch unter dem Zeichen der Krise, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie das vorhergegangene. So war vom April bis Juli ein ziemlich lebhafter Geschäftsgang zu verzeichnen, während es namentlich in den Monaten Juli und August sehr langsam war, so daß eine Arbeitslosigkeit herrschte, wie man sie in diesen Monaten früher hier nicht kannte. Im allgemeinen jedoch waren die nachfolgenden Monate etwas

Der jetzige Geschäftsgang läßt selbstredend keinen Eindruck auf die Mitgliederbewegung aus. Allerdings wurde auch in diesem Jahre eine etwas lebhaftere Sonderagitation entfaltet, welche nicht ohne Erfolg blieb. Es wäre mir zu wünschen, daß sich etwas mehr Kollegen an derselben beteiligen würden, dann könnte der Erfolg ein-

größerer und leichterer seien. Die Mitgliederbewegung ergibt folgendes: Bestand am 1. Januar 1909: 579, eingetreten im Laufe des Jahres 243, zugereist aus anderer Tätigkeit 144, vom Militär zurück 5, übergetreten von andern Organisationen 2 = 394, insgesamt 973 Mitglieder. Davon abgereist 278, gestrichen 34, ausgetreten 28, zum Militär 21, übergetreten zu anderen Organisationen 5, gestorben 5, ausgeschlossen 1 = 372. Mithin Bestand am 31. Dezember 1909: 601 Mitglieder. Das ist ein Mehr an Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr von 22 Stolzigen. Der Mitgliederbestand in den einzelnen Quartalen war: im 1. Qu. 553, im 2. Qu. 652, im 3. Qu. 663 und im 4. Quartal 601 Mitglieder. Die 243 Neuaufnahmen verteilen sich auf folgende Quartale: 1. Qu. 18, 2. Qu. 108, 3. Qu. 73, 4. Qu. 44.

Die Einnahmen betrugen in flußive eines Kassenbestandes von 1292.22 M<sup>l</sup>. 16 458.52 Mark, die Ausgaben 14 953.06 Mark. Der Kassenbestand der Filiale belief sich am Jahresende auf 1505.46 Mark; das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 212.84 Mark. In Beitragsmarken wurden insgesamt 29 988 Stück verkauft. An die Hauptklasse überwiesen wurden 5950.29 Mark. Für Unterstützungen wurden verausgabt: Streisunterstützung (Machtrag vom Vorjahr) 281.80 M<sup>l</sup>; Sterbeunterstützung 1788.85 M<sup>l</sup>; an Sterbeunterstützung 375 M<sup>l</sup>; an Reiseunterstützung 122.50 M<sup>l</sup>. Außerdem wurden noch aus der Golaffasse an Unterstützungen verausgabt 138.62 Mark. Demnach wurden insgesamt an Unterstützungen verausgabt 2424.97 Mark. Reiseunterstützung erhielten 124 Kollegen (im Jahre 1908: 165 Kollegen); 26 Kollegen erhielten 244 beitragsfreie Marken. Mitgliedsbücher wurden 174 zum Umtausch an die Hauptklasse eingesandt.

Die schriftliche Korrespondenz im Bureau belief sich auf 872 Eingänge und 3892 Ausgänge. Außerdem wurden noch 12 600 Zirkulare und Handzettel im Bureau angefertigt.

Der Tarif wurde im allgemeinen gut eingehalten und gab zu wenigen Klagen Anlaß. Soweit Differenzen entstanden, konnten sie beigelegt werden. Es wäre nur wünschenswert, daß dort, wo Anlaß zu Klagen vorliegt, die Kollegen uns dies frühzeitiger mitteilen wollten, dann könnte auch rascher und wirksamer eingegriffen werden. In der Schuhbaufabrik Führmann & Haus in Frankenthal konnte zum erstenmale ein Lohn-Tarif abgeschlossen werden, allerdings wurde später durch die Saumseiligkeit der dort beschäftigten Kollegen die Akkordarbeit eingeschürt, die später nicht mehr abgewehrt werden konnte. Ebenso wurde in der Möbelfabrik von Gelebner in Grünstadt die Akkordarbeit eingeführt, die dahin führte, daß, veranlaßt durch das flinke Schuster einzelner Kollegen, jetzt die Akkordsätze zum Teil sehr reduziert wurden. Die Differenzen sind hier noch nicht erledigt.

In Zweibrücken wurde eine Zahlstelle gegründet, die alle Aussicht hatte, sich gut zu entwickeln, allein nachdem sich nicht einmal ein Kollege fand, der die Passierung dort übernahm, konnte diese Zahlstelle leider nicht gehalten werden. In Schriesheim wurde ebenfalls eine Zahlstelle gegründet, die sich aber besser hält und weiter Entwicklungsfähig ist. In Weinheim wurden auch verschiedene Versuche zur Gründung einer Zahlstelle gemacht, leider bisher mit negativem Resultat. Die Agitation unter den Fabrikarbeitern erwies sich ebenfalls als erfolglos und ist es nur noch die Weltfirma Ganz, die noch eine größere Anzahl unorganisierter Kollegen aufweist, die jedoch noch zum größten Teil gewonnen werden können, wenn die Kollegen im Betrieb selbst etwas mehr eingreifen. Hoffentlich gelingt es uns

Eine bemerkenswerte Veränderung, die von weittragender Bedeutung für die Entwicklung unserer Filiale ist, wurde vorgenommen durch Anstellung eines ständigen Einlassierers. Alle Befürchtungen, insbesondere die Meinung, es könnte nicht in der Werkstatt fassiert werden, sind glänzend widerlegt und haben wir nur gute Erfahrung damit gemacht. Es ist nur zu bedauern, daß wir nicht früher diese Einrichtung getroffen haben. So mancher Mitgliederverlust wäre nicht zu verzeichnen ge-

wesen und längst stabilere Verhältnisse, so wie jetzt, geschaffen worden.

Eine weitere, sehr gut sich bewährende Veränderung bestand darin, den Versammlungstag vom Samstag auf den Dienstag zu verlegen. Der alte Glaube, als ob nur am Samstag Versammlungen möglich wären, ist geräubt und sind die Versammlungen am Dienstag bedeutend besser besucht wie früher.

Die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres haben uns nach mehr als einer Hinsicht vieles gelehrt. Machen wir uns dies für das laufende Jahr zunutze.

Eine Menge Arbeit ist noch zu erledigen. Der neue Reichstarif gibt uns noch manche Handhabe, die wir zu unserm Vorteil ausnützen können. Das Schmerzenskind, der industrielle Arbeitsnachwuchs, der so sehr die Gemüter aufregte, wird, wenigstens für unsern Beruf, hoffentlich baldigst besiegelt sein. So steht kein Mulaß mehr vor, mißmutig zur Sette zu stehen.

Der vorliegende Bericht kann selbstredend nicht erschöpfend sein. Aber er zeigt doch, daß es auch in unserer Filiale wieder vorwärts geht. Wir möchten deshalb den Wunsch an unsre Mitglieder richten, die Verwaltung nach jeder Richtung zu untersuchen, mit Nachdruck auf die unorganisierten einzuwirken, gemeinsam sich in die Agitationsarbeit zu teilen, damit werden wir auch am Jahresende mit Genugtuung konstatieren können, daß wir wiederum ein großes Stück vorwärts gekommen sind.

## Jahresbericht der Filiale Cassel 1909

Auch 1909 hatten wir noch empfindlich unter der anhaltenden Krise zu leiden, denn die Bautätigkeit war gegen die Vorjahre noch erheblich zurückgegangen. 1903 bis 1907 wurden durchschnittlich rund 1500 Wohnungen jährlich neu hergestellt, während 1908—1909 die Jahresproduktion auf ungefähr ein Fünftel zurückging. Das Statistische Amt (in Cassel) hat im Oktober 1909 eine Zählung vorgenommen, die ergeben hat, daß nur noch 3,28 Prozent der vorhandenen Wohnungen leer standen. Das Statistische Amt bemerkt zu dem Ergebnis noch: „Die gegenwärtige Lage des Wohnungsmarktes weist nun aber mit Deutlichkeit darauf hin, daß für die nächsten Jahre, zumal bei günstigen Zuwanderungsverhältnissen, wieder auf eine Periode lebhafterer Bautätigkeit gerechnet werden muß und daß derzeit in erster Linie zum Bau von Mittelwohnungen ein Bedürfnis besteht.“ Auch wir wünschen, daß sobald wie möglich bessere Verhältnisse eintreten im Interesse unserer Kollegen und unseres Verbandes. In der Waggonindustrie war gleichfalls ein förmlicher Stillstand eingetreten. Die Kollegen der Waggonfabrik von Crebe & Co., Niederzwehren, haben schwer darunter zu leiden gehabt. Die Arbeitszeit betrug fast das ganze Jahr hindurch 7 und 8 Stunden. Der Verdienst war außerordentlich gering, denn viele Kollegen mußten in Lohn arbeiten. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß die Firma, die außerordentlich nobel ist, den horrenden Stundenlohn von 38, auch mal 40 Pfsg. zahlt. Leider mußten sich Kollegen, die für Abschneidstoffsystem stehen, wiederholt Abzüge gefallen lassen.

Etwiges über die Entwicklung unsrer Filiale. Die Mitgliederszahl, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, betrug 1898: 66, 1899: 66, 1900: 15, 1901: 17, 1902: 53, 1903: 373, 1904: 330, 1905: 465, 1906: 572, 1907: 653, 1908: 578 und 1909: 505, eingetragene Mitglieder 568. 220 beitragsfreie Marken wurden an 31 Kollegen verabfolgt; arbeitslos und frank waren laut Arbeitslosenstatistik 1326 Kollegen 27 073 Tage mit einem Lohnverlust von 99 973.71 Mark. Neben unsren Arbeitsnachwuchs können wir folgendes berichten: 860 Arbeitssuchende hatten sich gemeldet, 111 offene Stellen waren vorhanden, davon nach auswärts 35. Besetzte Stellen nur 58, davon 10 nach auswärts. Versammlungen wurden 10 abgehalten, davon 2 öffentliche. In den Zahlstellen wurden außerdem noch 34 Versammlungen abgehalten. In 8 Fällen Abrechnungen und Statistiken eingeholt sowie Hausagitation betrieben. Werkstattversammlungen (mehrere größere Werkstellen zusammengelegt) fanden 2 statt. Lackiererversammlungen wurden 8, davon 1 öffentliche, außerdem 2 gemeinsame Betriebsversammlungen mit Holz- und Metallarbeitern abgehalten. 2 Sitzungen mit Vertrauensleuten und Ausschuß erwiesen sich als notwendig. 35 Vorstandssitzungen waren zur Erledigung unsrer Filialangelegenheiten nötig. Abgehalten wurden außerdem noch Vertrauensleutekonferenzen 3, Werkstatt-Vertrauensleutesitzungen 2. Im Monat Dezember wurde eine Bücherkontrolle vorgenommen. Frank waren 179 Kollegen 2969 Tage und an Unterstützung 2059.40 Mark ausgezahlt. 200 Mark Sterbegeld wurde in 14 Fällen ausgezahlt. Nelseunterstützung erhielten 78 Kollegen 126.78 Mark. Seitens der Filiale wurde ein Zuschuß zur Nelseunterstützung von 22.80 Mark geleistet. Sonstige Unterstützungen wurden 48.55 Mark und für die Schweden 50 Mark bewilligt. Der Nassenbestand hat sich von 2000.34 Mark am Schlusse des Schatz 1909 auf 2700.29 Mark am 1. Januar erhöht.

Über die Arten der Krankheiten sowie über Dauer und den dafür verausgabten Betrag viene folgendes:  
An Lungen-, Darm- und Magenkatarh waren 19 Kollegen 363 Tage frank, sie erhielten Unterstützung 250 M.;  
Influenza und Bronchialkatarrh 35 Kollegen 434 Tage = 319.80 Mark; Bleifolik und Bleivergiftung 9 Kollegen 171 Tage = 120.35 Mark; Verlebungen, teilweise Unfall 29 Kollegen 455 Tage = 294 Mark; Nervenselben 6 Kollegen 123 Tage = 88.40 Mark; Lungenselben 11 Kollegen 353 Tage = 244.15 Mark; Rheumatismus 23 Kollegen 269 Tage = 174.35 Mark; Herzfehler 3 Kollegen 69 Tage = 50.10 Mark; Operationen 3 Kollegen 63 Tage = 35.85 Mark; Entzündungen 14 Kollegen 269 Tage = 186.40 Mark; Gehlkopfkatarrh 4 Kollegen 94 Tage = 65.90 M.; sonstige Krankheiten 23 Kollegen 316 Tage = 229.25 M.  
Zu bemerken wäre hierbei noch, daß viele Kollegen bedeutend länger frank waren, aber keine Unterstützung mehr erhielten weil sie ausgesteuert waren.

1909 konnten wir wiederholt feststellen, daß sich die Unternehmer des Tarifbruchs schuldig gemacht haben. Herrn Hallo, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, wurde eine Anzahl Firmen mitgeteilt, die nicht nur den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen, sondern auch zum Teil die Lohnzahlung nicht am Freitag wie laut Tarif, sondern am Sonnabend vornehmen. Zu diesen Firmen gehören Rits & Sohn, Wahlershausen; Schmidtmaier & Scheele, St. Neufe, Fritz Reuter, Firma Böckel usw. Die Bundesratsverordnung wird höchstens von einem

oder zwei Meistern beachtet. Im Funt haben wir an die Firmen Schmidtmann & Scheele und Gebr. Hallo je ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf den § 120 s der G.-D. aufmerksam gemacht wurden. Schmidtmann & Scheele haben das Schreiben unbeantwortet gelassen. Dagegen erhielten wir von Gebr. Hallo ein Schreiben folgenden Inhalts:

Cassel, den 30. 6. 1909.

Auf Ihr gesl. gesetztes Schreiben erwidern wir Ihnen, daß wir Bleiweiß nur bei äußeren Arbeiten verwenden, speziell beim Fassadenanstrich, wobei unsre Leute stets Bürsten, Handtücher und Seife bekommen.

Im Neubau des Königl. Theaters ist außer bei dem äußeren Fensteranstrich nicht ein Lot Bleiweiß und Zinkweiß verwendet.

Zur Zeit des äußeren Fensteranstriches haben unsre Leute sowohl Bürsten wie Handtücher bekommen, Seife und Waschgelegenheit ist genügend vorhanden.

Hochachtend

Gebr. Hallo.

Am 2. Juli wurde noch telephonisch mitgeteilt, daß ein Arzt einen Maler von ihnen untersucht habe, der nie mit bleihaltigen Farben zu tun gehabt und doch für Bleiweiß erklärt wurde?!!

Bei der Polizei wurde Anzeige erstattet, weil vier Passagiere nicht vorschriftsmäßig waren.

Die Kollegen können hieraus ersehen, daß es noch sehr viel zu tun gibt, um allen Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wo Mängel vorhanden, wo unter dem Tarif entzogen wird, ist es Pflicht eines jeden, sofort Meldung im Bureau zu machen. 1910 wird sich reichlich Gelegenheit bieten. Mithilfe aller Kollegen ist ebenso erwünscht wie nötig.

Adam Reinbold.

#### Jahresbericht der Filiale Magdeburg für 1909.

Nach dreijährigem tariflosem Zustand brachte uns das Jahr 1909 wiederum einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband, d. h. auf ziemlichen Umwegen. Nachdem der im Jahre 1906 zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein abgeschlossene Tarif zum 1. April 1909 abgelaufen war, lag es klar auf der Hand, daß nunmehr ein Vertragsverhältnis geschaffen werden mußte, das dem von den beiden seitigen Centralorganisationen festgelegten Normaltarif entsprach. Die Magdeburger Arbeitgeber hatten aber anders kalkuliert, indem sie bei einer Anfrage unsrer Verwaltung erklärten, daß der mit dem Gewerbeverein bisher geltende Tarif bis zum 31. Dezember 1909 weiter laufen müsse. Da die Arbeitgeber fest auf ihrem Standpunkt beharrten, sahen wir uns gezwungen, das Ganttarif resp. die Centralinstanzen anzurufen, mit dem Erfolg, daß die Arbeitgeber auf der Grundlage des Normaltarifs mit uns nunmehr verhandelten. Am 15. Mai 1909 trat der neu abgeschlossene Tarif in Kraft, unter Erhöhung der Mindestlöhne von 42 auf 44 Pfg. und 50 auf 51 Pfg. pro Stunde. Besonders Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif wurden bezüglich der Zusätze für Über-, Nacht- und Sonntagsstunden erzielt.

Der zwischen uns und der freien Firma 1906 abgeschlossene Lohntarif endete ebenfalls am 1. April 1909 und wurden seitens der Verwaltung Verhandlungen eingeleitet, die infolge des zünftlerischen Verhaltens der führenden Firmaatadore zu keinem Resultat führten. Verhandlungen mit Vertretern des Centralverbandes schiede Herr Obermeister Alert, der nebenbei bemerkte, daß ganze Jahr hindurch nicht einmal einen Gehilfen beschäftigt, ründig ab und dem Gehilfenausschuss mache man das Anerbieten, den Tarif resp. die Löhne zu reduzieren. Der Centralverband verzichtete insgesamt auf einen Vertrag mit der Firma, der übrigens insofern von wenig Bedeutung wäre, da nur 4-5 Werkstätten in Frage kommen, die ständig Gehilfen beschäftigen.

Owwohl im verschloßenen Geschäftsjahr in den ersten Monaten die Arbeitsgelegenheit noch überaus ungünstig war, konnte doch eine merkliche Besserung der Bautätigkeit konstatierter werden und aus den beim Magistrat erfolgten Baugenehmigungen ist zu schließen, daß wir einer günstigeren Arbeitsperiode entgegengehen.

Durch den Abschluß eines Vertrages mit dem Arbeitgeberverband war es uns möglich, die Agitation bedeutend intensiver betreiben zu können und stieg die Mitgliederzahl von 306 am 31. Dezember 1908 auf 420 am 31. Dezember 1909. Während im Vorjahr 116 Neuaunahmen erfolgten, hatten wir im verschloßenen Jahr 264 zu verzeichnen. Die Fluktuation der Mitglieder ist ebenfalls sehr groß, dem Zugang von 388 Mitgliedern steht ein Abgang von 320 gegenüber, darunter 247 Abhersteller. Ein Zeichen, daß besonders die jüngeren zu gereisten Kollegen es vorziehen, unserm Eldorado der edlen Malerkunst möglichst bald wieder den Rücken zu lehnen, da die Wühlerie und Schmiererei in verschiedenen Geschäften auf der Tagesordnung ist. Leider gibt es auch hier noch eine Menge Kollegen, die bestrebt ist, durch ein möglichst hohes Arbeitspensum, das nicht im entferntesten der festgelegten Gegenseitigkeit entspricht, sich eine gewisse Stellung bei den Meistern zu sichern. Auf diesem Gebiete hat unsre Organisation noch ein gewaltiges Stück Erziehungsarbeiten zu leisten. In der Filiale fanden 9 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen statt. Außerdem machten sich 16 Werkstattbesprechungen, 21 Vorstands-, 3 Tarifkommissions- und 4 Werkstattdelegierten-Sitzungen notwendig. Die Verwaltung war auf der Bezirkskonferenz in Halle und zwei Konferenzen der Harzorte, in Wernigerode und Quedlinburg, vertreten.

Als Zahlstellen angeflossen sind Halberstadt, Stendal, Schönebeck, Burg, Blankenburg, Wernigerode, Braunschweig und Staßfurt und haben sich alle diese Orte, bis auf Wernigerode und Staßfurt, wo ein Mitgliederzugang zu verzeichnen ist, im verschloßenen Jahr gut entwickelt. Die Tätigkeit der Filialverwaltung war in den Zahlstellen in 48 Fällen notwendig und kann konstatiert werden, daß besonders durch intensive Hausagitation gute Erfolge erzielt worden sind. Hauptfachlich müssen sich die Zahlstellenverwaltungen eine gut geregelte, achtstellige Haushaltung dringend angelegen sein lassen, denn nur dadurch können Erfolge dauernd festgestellt und ein Stamm überzeugter Kollegen herangezogen werden.

Die Gesamtaufnahme 1909 beläuft sich auf 10 003,44 Mark, der eine Ausgabe von 917,87 M. gegenübersteht. An 88 Mitgliedern wurden 1182,15 M. Reiseunterstützung gewährt, außerdem 269,62 M. Reiseunterstützung und 130.— M. Sterbegeld. Insgesamt wurden 1586,72

Mark Unterstützungen ausgezahlt, die sich in Zukunft durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bedeutend erhöhen werden. Von den 88 Erkrankungsfällen waren 7 Bleierkrankungen, 18 Rheumatismusfälle, 4 Lungenerkrankungen und 44 Fälle Influenza, Katarhitis und sonstige Erkrankungskrankheiten. Gegen das Vorjahr ist besonders eine Zunahme der Blei- und Lungenerkrankungen zu verzeichnen. Der Magdeburger Gewerbeinbettion wäre daher dringend zu empfehlen, eine genaue Kontrolle der Malerarbeiten in bezug auf Durchführung der reichsgerichtlichen Bleiverordnung vorzunehmen, denn nur dann kann eine weitere Steigerung dieser Erkrankungsziffern verhindert werden.

Aus diesem kurzen, gedrängten Bericht ersehen die Kollegen, daß das Jahr 1909 besonders durch die schon im Sommer einsetzende Reichsstatistische Bewegung ein überaus arbeitsreiches war. Sehen wir deshalb im laufenden Jahr vereint mit frischen straften ein, agitieren wir unablässig für die Organisation und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Unsre Parole muß in Abrechnung der Konzentration des Arbeitgeberverbands sein: Fort mit allen kleinstlichen Meinungsverschiedenheiten! Geschlossenes Handeln, Stärkung und Ausbau der Organisation muß unsre Hauptaufgabe der Zukunft sein.

F. B.

#### Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Gedanke der modernen Gewerkschaftsorganisation dringt allmächtig auch in Kreise ein, die sich bislang dagegen sträubten, weil sie darin eine Gefahr für die Standesethre erblickten, wenn sie es den "gewöhnlichen Arbeitern" gleichsetzen. In Frankreich, Belgien und Holland haben sich auch die Lehrer bereits gewerkschaftlich organisiert und nun wird aus Amerika berichtet, daß der Verein der Lehrer des Staates Colorado mit großer Mehrheit auf seinem soeben beendeten Kongresse in Denver beschlossen hat, sich der gewerkschaftlichen Landeszentrale, der "American Federation of Labour" anzuschließen. Es wurde besonders betont, daß die Lehrer keineslei Alas hätten, sich durch Vorurteile oder sonstige andere künstliche Scheldebewände von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, zumal ihnen kein anderer Weg bliebe, auch selbst zu angenehmen Verhältnissen zu kommen. Die Organisation zählt 7000 Mitglieder. — Wir in Deutschland sind von einer so verminstigen Auffassung des Verhältnisses zwischen Lehrern und Arbeitern leider noch weitentfernt.

\*

Bemerkenswerte Aussführungen machte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David bei der Staatsberatung im Reichstage. Wir entnehmen seiner Rede folgende Sätze: "Der Staatssekretär warf uns vor, wir wollten mit unseren Anträgen in einem jähren Sprunge zu ganz neuen Verhältnissen kommen. Deshalb könne man auch mit uns nicht arbeiten. Wenn Fürst Witlow solche Anerkennungen tat, so billigte man ihm mildende Umstände zu, denn er wußte von diesen Dingen nichts und hatte nie einen sozialdemokratischen Antrag in der Hand gehabt. Wenn aber der Staatssekretär des Reichsamts des Innern sich dieses Urteil zu eigen macht, so müssen wir ihn doch auffordern, sich unsere Anträge näher anzusehen. Dann wird er finden, daß wir keineswegs mit einem jähren Sprung in ideale Zukunftsverhältnisse wollen, sondern daß wir nur Dinge fordern, die heute schon durchführbar sind. Aber der Staatssekretär Dr. Delbrück nimmt eben utopisch und unausführbar, was die preußische Regierung nicht ausführen will. So haben wir die Errichtung von Baukontrollen verlangt, die in einzelnen Bundesstaaten schon besteht. Aber die preußische Regierung will sie nicht und deshalb sagt der Staatssekretär, die Sozialdemokratie verlangt zuviel, mit der kann man nicht arbeiten. Sehr gewundert hat es mich, daß Herr Behrens es für richtig hielt, in dieser Sache an die Seite des Staatssekretärs zu springen. Ihm geht es offenbar auch zu schnell mit den sozialpolitischen Anträgen und er muß die preußische Regierung noch darin bestärken, mir ja recht langsam vorzugehen. Das ist eine eigenartige Methode, den Arbeiter interessieren zu dienen. Herr Behrens hat noch weiter eine wunderbare Logik mitgebracht. Anklagend an die Neuerungen des Abg. Hoch über die Not der Arbeiter meinte er, damit gäben wir ja zu, daß die vierzigjährige Tätigkeit der Sozialdemokratie nichts erreicht habe. Eine seltsame Logik! Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben in ihrer vierzigjährigen Tätigkeit Erfolge zu verzeichnen, die turmhoch über den anderen christlichen Organisationen stehen. Unsre Erfolge liegen in der Gesetzesgebung und sind in den Alten dieses Hauses verzeichnet. Das gleichzeitig durch die agrarische Wirtschaftspolitik die Lebensmittel auf der ganzen Linie ungeheuer in die Höhe getrieben sind, ist eine Sache für sich. Diese Wirtschaftspolitik hat in der Tat einen großen Teil der für die Arbeiter erreichten Erfolge wieder zurück gemacht. Und Herr Behrens und seine Leute haben wacker dazu mitgeholfen. Sie sind mit schuld, daß die höheren Geldlöhne nicht gleichbedeutend sind mit besserer Ernährung. Der Staatssekretär wies weiter darauf hin, daß Deutschland die Krise leichter überstanden habe als andere Länder. Wenn dies der Fall ist, so hätte er auch daraus etwas lernen können; ein großes Verdienst daran gebührt nämlich den gewerkschaftlichen Arbeiternorganisationen. Im Jahre 1908 haben die freien Gewerkschaften, die Sie so gern sozialdemokratisch nennen, an Arbeitslosenunterstützung 8 Millionen Mark ausgezahlt. In dieser einen Zahl haben Sie schon die ungeheure legende Wirkung der Gewerkschaften, zumal in den Zeiten der Krise. Weiter haben die Gewerkschaften an arbeitsunfähige Kranke in diesem Jahre noch einmal 8 470 000 Mark gezahlt und das Bild wird noch lehrreicher, wenn Sie noch die fast 2 Millionen hinzuzählen, die als Reiseunterstützung an Arbeitslose ausgezahlt sind. Zusammen sind in diesem Jahre somit an Arbeitslose 18 500 000 Mark bezahlt. Dieser Sachlage gegenüüber müssen alle Anträge und jede Kritik der gewerkschaftlichen Organisationen platzen zu Boden fallen. Und die Regierung sollte etwas mehr Respekt vor der Tätigkeit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bekommen und nicht in der Weise herabsehen, wie es der Herr Staatssekretär getan hat."

Die preußische Wahlrechtsvorlage will die sogenannten gebildeten Schichten des Volkes dadurch bevorzugen, daß sie sie in eine höhere Wahlklasse versetze. Dazu macht eine bürgerliche Zeitung folgende treffende Bemerkungen: Die Vorlage wäre vielleicht doch nicht ganz so lästig ausgestalten, und man hätte ihre aufreizende Tendenz zum mindesten vorsichtig umhüllt, wären die Behmann-Hollweg, Falckenhain und Genossen mit dem Leben draußen nur ein klein wenig vertaut. Es ist oft erschreckend, wie fremd selbst die besseren Elemente dieser Kreise dem Volke gegenüberstehen, und wie selbst der Amtsdienste in einem unbewußten Hochmut auf die Bevölkerungshälfte hinunterblickt. Diese Leute, die schon als kleine Buben der Familiensitz aufgewachsen, haben gewöhnlich ihre ganze Karriere durch Protektion und Familienbeziehungen gemacht. Wattiert gegen jede Unbill des Lebens, vor jeder bürgerlichen und wirklich tüchtigen Konkurrenz bewahrt, flattern sie allmächtig hinauf, und sie glauben den Kampf ums Dasein zu kennen, wenn sie einen Nebenmann von der Besoldungsliste verdrängt. Und wie selbst durch Protektion und Verlängerung in die Höhe gelangt, so wird Herr v. Behmann seinem Sohn und Herr v. Falckenhain seinem Kurt. So reicht immer der Vater dem Sohne den Schlüssel zu Ehren und Erfolg, ganz wie in dem alten griechischen Gleichnis eine Generation der anderen die Facette des Lebens reicht.

Felix, Nochus und Kurtchen mögen sehr nette und fleißige Jungen sein, aber verdienstvoller ist des Tischlersmeisters Anton, der sich selbst seinen Platz im Leben schafft. Verdienstvoller ist auch der arme Kaufmannslehrling, der durch seine Intelligenz sich vorwärts bringt, und der Arbeiter, der in der Kohlengruben mit hundert Gefahren kämpft. Sie alle haben keine Familienbeziehungen und keine Protektion, und der "Staat", der für die Familiensöhne so verschwenderisch sorgt, bietet ihnen nichts. Das Schulgeld ist unerschwinglich, das Gymnasium ein schöner Traum, und kein Hauslehrer paust dem kleinen Anton die fürs "Einfährige" nötigen Kenntnisse ein. Des Tischlersmeisters Anton dient zwei oder drei Jahre für den König und das Vaterland, und während der avancierte seine Jungling naß und herumspaziert, schlept Anton leichend den Sac. Und nun stellt man sich hin und sagt diesen Leuten, denen der Staat nichts gibt und alles abverlangt: ihr habt kein Recht in diesem Staat, weil ihr nämlich nicht gebildet seid! Ganz gleich, ob sie im Lebenskampf erwartet sind, oder sich kraftvoll emporgerafft, man sperrt sie von den "Gebildeten" — Unter, Schnulleute und Militärwärter inbegriffen — wie Verfeinde ab und tuebelt ihnen durch ein pfiffiges System den Mund. "Pah, sie sind nicht gebildet!" sagen die Herren v. Behmann-Hollweg und v. Falckenhain. Und in diesem Satz offenbart sich die instinktive Abneigung des Bürokraten gegen alles, was ohne Skrüzen und Zivilvertragsschein vorwärts kommt.

Es offenbart sich darin auch, neben einer Gemüthsweise, die man nicht mehr näher zu charakterisieren braucht, das Fehlen jener wahren Bildung, die beschließen und durchsetzen macht. Was man an diesen Herren vermisst, ist die aus echter Bildung fußende Weisheit, die nicht in allen vom Schicksal weniger Begünstigten nur einen ungebildeten Böbel sieht. Der ethische Denker findet, daß die Errichtung einzelner Teile nichts ist als eine Verstärkung am ganzen Menschen und daß auf der Wage der höheren Gerechtigkeit ein tüchtiger Tischler, Schuster oder Schneider ein größeres Gewicht hat als ein aufgeweckter Unterleutnant und daß ein fleißiger Arbeiter mehr zum Wohle der Menschheit beträgt als ein weltfremder Reichslandrat mit all seiner klassischen Philosophie.

Der neue Expressionsparagraph, wie er von der Justizkommission des Reichstages vorgeschlagen worden ist, hat folgenden Wortlaut: "Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Expressions mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Wie in der Kommission erklärt wurde, soll diese Bestimmung sich nicht auf den § 152 der Gewerbeordnung erstrecken, so daß die Bestrebungen der organisierten Arbeiter durch Androhung von Streit eine Lohn erhöhung zu erzwingen, nicht als Expressions aufzufassen sind. Leider trägt die Regierung in diese an und sie sich ganz selbstverständliche Auffassung eine Zweideutigkeit hinzu, indem sie den Begriff "rechtswidriger Vermögensvorteil" näher zu erläutern sucht. In der Begründung der neuen Fassung sagt sie u. a.: "Bei dem Zwange zum Abschluß eines gegen seitigen Vertrages wird für die Frage, ob eine Vermögensbeschädigung vorliegt, der Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen sein. Dies hat z. B. auf dem Gebiete des gewerblichen Lohnkampfes zur Folge, daß die seitens eines Arbeitgebers durch Androhung der Entlassung erwirkte Herabsetzung des Arbeitslohnes und umgekehrt, daß die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitseinstellung erlangte Lohn erhöhung nur dann unter dem Gesichtspunkte der Expressions strafbar werden kann, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Laster sich dessen bewußt gewesen ist." Der Begriff "rechtswidriger Vermögensvorteil" steht in der Begründung der neuen Fassung nicht auf den § 152 der Gewerbeordnung der organisierten Arbeiter durch Androhung von Streit eine Lohn erhöhung zu erzwingen, nicht als Expressions aufzufassen sind. Leider trägt die Regierung in diese an und sie sich ganz selbstverständliche Auffassung eine Zweideutigkeit hinzu, indem sie den Begriff "rechtswidriger Vermögensvorteil" näher zu erläutern sucht. In der Begründung der neuen Fassung sagt sie u. a.: "Bei dem Zwange zum Abschluß eines gegen seitigen Vertrages wird für die Frage, ob eine Vermögensbeschädigung vorliegt, der Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen sein. Dies hat z. B. auf dem Gebiete des gewerblichen Lohnkampfes zur Folge, daß die seitens eines Arbeitgebers durch Androhung der Entlassung erwirkte Herabsetzung des Arbeitslohnes und umgekehrt, daß die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitseinstellung erlangte Lohn erhöhung nur dann unter dem Gesichtspunkte der Expressions strafbar werden kann, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Laster sich dessen bewußt gewesen ist."

Diese Begründung muß vom juristischen Standpunkt aus als ganz ungeheuerlich bezeichnet werden, denn hier nach soll dem Richter das Recht zugesprochen werden, in einem bestimmten Falle, wenn ein Arbeiter oder ein Arbeitgeber wegen Expressions vor seinen Richterstuhl gebracht wird, zu entscheiden, ob ein Mißverhältnis besteht zwischen dem erzielten Lohnsatz und dem wahren Werte der Arbeitsleistung. Nimmt er an, daß ein solches Mißverhältnis besteht und daß der Angeklagte sich dessen bewußt gewesen ist, so wird die Verurteilung erfolgen. Die sozialdemokratischen Kommissionmitglieder beantragen, um diese Ungeheuerlichkeit zu beseitigen, folgenden Zusatz: "Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne oderkürzere Arbeitszeit zu gewähren oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlich-rechtlichen Korporation, einer Armenklasse oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zu-

wendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvor teil nicht als ein rechtswidriger zu erachten."

Von anderer Seite wurde beantragt, daß der Expressionsparagraph nicht anzuwenden sein soll, wenn der Betreffende in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat, womit allerdings wiederum die Entschließung über die Frage, wann ein berechtigtes Interesse vorliegt, in das Ermessen des Richters gelegt wird. Beide Zuschaufälle wurden abgelehnt und der Regierungsentwurf einstweilen angenommen. Wir können dies nur bedauern und hoffen, daß es gelingen wird, bei der endgültigen Festlegung des Paragraphen eine bestimmte Form zu finden. Andernfalls würde der Klassenjustiz Tür und Tor geöffnet sein. Um besten wäre es wohl, wenn klipp und klar gesagt würde, daß eine Lohnforderung niemals als eine Expression aufgefaßt werden kann.

**Kapitalisten und Scharfmacher als Wahlkämpfer.** Der Centralverband der Industriellen Deutschlands hat einen Fonds gegründet, um die Reichstagswahlen im scharfmachischen Sinne zu beeinflussen und die Volksstimme zu falschen. Jetzt beginnt er mit der Sammlung und verlangt, daß die angeschlossenen Unternehmer von je 1000 M. Lohn, die sie zahlen, 50 Pf. an den Wahlwinds abführen sollen. Das einkommende Geld soll hauptsächlich dazu dienen, Abgeordnete zu kaufen, die Gegner der Fortführung einer vernünftigen Sozialpolitik sind. Es heißt in dem diesbezüglichen Aufruf: "Seine die Interessen der Industrie so schwer verleidenden Gesetze sind Zustande gekommen, weil im Reichstag Männer fast gänzlich fehlen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Industrien, mit deren Interessen und Lebensbedingungen vertraut sind, die anderseits auch deren Bedeutung für den Staat, die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben bis in die Einzelheiten genaulehnen und die es verstehen, diefer Kenntnis Geltung zu verschaffen. Wir sind überzeugt, daß bei richtiger Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse die große Mehrzahl der Abgeordneten sich von dem Banne der volkswirtschaftlichen, sozialistischen und sonstigen theoretischen Anschaunungen und der partei-politischen Rücksichten freien werde, unter dessen Einwirkung sie jenen Gesetzen zugestimmt haben. Rechtlich ist über den Mangel sachverständiger Männer in unsern Parlamenten gelaufen, auch die Ursache dieses Mangels wohl erkannt worden. Die Industrie hat keine Wähler. In den überwiegend industriellen Wahlkreisen sind ihr die Wähler durch die Arbeiterorganisationen, vornehmlich durch die der Sozialdemokratie, entzogen worden; in den andern Wahlkreisen hat das Überwiegen der wahlaktischen und partei-politischen Interessen der Vertretung industrieller Bedürfnisse keinen Raum gewahrt. Hier muß eingegriffen werden, um eine Wendung zum Bessern herbeizuführen. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, im gegebenen Falle eine Verständigung zugunsten der Interessen der Industrie herbeizuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Industrie der andern Seite auch etwas zu bieten hat.

Solang politische Wahlen bestehen, ist es immer die vornehmste Aufgabe der Parteien und ihrer hervorragendsten Führer gewesen, so viel Geld als möglich zur Verwendung bei den Wahlen zusammenzubringen. Daraus ist zu erkennen, erstens, daß mit Geld auf den Ausfall der Wahlen im Interesse derer, die es hergeben, eingewirkt werden kann, und zweitens, daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als vollkommen legal angesehen wird; das natürlich nur, wenn die Verwendung eine durchaus lohne ist.

Erfahrungsgemäß ist bei den Wahlen sehr viel durch eine an sich durchaus erlaubte Agitation zu machen, die jedoch meistens sehr große Summen erfordert. Können diese von der Industrie zur Verfügung gestellt werden, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Parteien bzw. die Wahlkandidaten mit ihr paktieren, um sich die Unterstützung der Industrie durch die Berücksichtigung ihrer Interessen zu sichern. Das kann wohl geschehen, ohne daß die Kandidaten ihre grundlegenden Überzeugungen aufgeben, ihre Ansichten wechseln oder sich gar in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis von der Industrie begeben; es werden daher auch nur solche Fälle ins Auge zu fassen sein, in denen derartige Verhältnisse von vornherein ausgeschlossen sind.

Es kann auch nicht die Rede davon sein, in absehbarer Zeit auf dem hier bezeichneten Wege eine die Interessen der Industrie würdigende und vertretende stichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen. Sehr viel wird aber gewonnen sein, wenn es gelingt, zunächst auch nur die Wahl einer kleineren Anzahl von Männern durchzuführen, die es verstehen, sachkundig die gewerblichen Verhältnisse darzulegen und für deren Interessen einzutreten.

Es ist auch eingewendet worden, daß die Einwirkung in allen Wahlkreisen Unerhörliches an Arbeit und Geld erfordern würde. So soll aber auch nicht vorgegangen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Wahlkreise befindet sich sozusagen in festen Händen; auf diese Arbeit und Geld zu verwenden, würde töricht sein. Es sollen nur solche Wahlkreise mit zweifelhaften schwankenden Mehrheiten, in denen verschiedene Parteien um den Sieg kämpfen, der der einen oder der andern Partei durch das Eintreten der Industrie erleichtert oder geschert werden könnte, ins Auge gefaßt werden. Solche Wahlkreise aufzufinden, in diesen mit Hilfe besonderer Kommissionen oder Vertrauensmännern tatkräftig und energisch zu wirken, das wird die Hauptaufgabe des Geschäftsführers der für den Wahlkonds eingesetzten Kommission sein."

Das heißt mit därrten Worten, es sollen Kandidaten resp. Abgeordnete der bürgerlichen Parteien geschmiedet werden, damit sie die Interessen der Industrie vertreten und die Interessen der Arbeiter vertreten. Und zwar soll das heimlich, hinter den Kulissen, gemacht werden, damit die Wähler aus der Arbeiterklasse und dem Mittelstand nichts merken und nicht kopfschütteln werden. Die Kandidaten sind es ja gewohnt, sich durch Zahlung von Schmiergeldern Kundschafft zu verschaffen und deswegen berufen sie sich nichts dabei, auch Politiker durch Schmiergelder zu lödern. Sie nennen eine solche Methode legal und so hat, wir nennen sie eine Korruption und Fälschung schlimmster Art.

## Arbeiterversicherung.

**Die Entwicklung des Hilfsfassenswesens.** Sehr bemerkenswert und lehrreich ist die Statistik des Hilfsfassenswesens. In dem Gesamtzeitraum von 1885 bis 1908 vermehrte sich die Zahl der Kassen zwar von 1901 auf 1880, ihre Mitgliederzahl stieg aber von 747 438 auf 1 363 015. Die Einnahmen sind von 11½ auf 38½ Millionen Mark, die Ausgaben von 10½ auf 27½ Millionen Mark angewachsen. Um ein klares Bild zu gewinnen, muß man indes die Kassen in solche teilen, welche dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, also mindestens dieselben Leistungen haben müssen, wie die Gemeindekranikenversicherungen und daher als "Ersatzkassen" gelten, und solche, die diesen Vorschriften nicht entsprechen. Hier zeigt es sich, daß die eingegangenen Kassen nur solche sind, welche dem erwähnten § 75 entsprachen. Die Ordnungsläger der selben durch Gesetzgebung und Bureaucratie ist bekannt. Dagegen sind die Krankenkassen, welche außerhalb der reichsgelehrten Krankenversicherung stehen, diejenigen, welche den Erfolg daruntertragen. Diese haben sich in dem Zeitraum von 1885 bis 1908 von 96 mit durchschnittlich 16 716 Mitgliedern auf 370 mit 449 791 Mitgliedern vermehrt. Die Einnahmen sind von 216 935 Mark auf 11 842 298 Mark und die Ausgaben von 161 532 Mark auf 10 611 314 Mark gestiegen. Das Vermögen ist von 126 901 Mark auf 8 425 295 Mark angewachsen. Allerdings im Jahre 1908 wuchs ihre Mitgliederzahl um 50 000. Es ist bezeichnend, daß gerade in der Zeit des Bestehens der obligatorischen Krankenversicherung das außerhalb derselben stehende Kassenwesen so große Fortschritte machen konnte. Das ist auf zwei Umstände zurückzuführen: erstens darauf, daß der Versicherungsgedanke immer populärer wird und er immer mehr Anhänger findet, und daß zweitens die Errichtungen der Zwangsversicherung noch viel zu mangelhaft sind. Sie erstreckt sich noch nicht auf alle interessanten Kreise und ihre Leistungen sind noch viel zu minimal. Der Hilfsbedürftige muß Ersatz suchen und glaubt diesen bei den freien Kassen zu finden. Hierin liegt aber eine grohe Gefahr. Gerade unter den Kassen, die nicht dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen und deren Mitgliedschaft nicht von derselben bei einer Zwangskasse entblieben, die somit viel "freier" sind, befinden sich auch jene Kassen, die man oft "Schwindelkassen" nennt. Und bei diesen ist bekanntlich das Geschäft die Hauptfache und die Versicherung die Nebensache. Diesen Zuständen kann nur, das Lehren die Zahlen, durch Ausbau der reichsgelehrten Krankenversicherung Einhalt gesetzt werden.

## Gerichtliches.

**Die Bezeichnung Bruchbude ist eine Beleidigung.** Das Landgericht Osnabrück hat am 30. November v. J. den Gewerkschaftsscretär Karl Thielemann zu einer Geldstrafe von 60 M. wegen Beleidigung verurteilt. Die organisierten Arbeiter einer Fabrik hatten ihn ersucht, ihren nichtorganisierten Kollegen, die in derselben Fabrik tätig waren, in einem Vortrage die Vorteile der Organisation auseinanderzulegen. Er tat dies und gebrauchte dabei einige drastische Ausdrücke, um sie leichter verständlich zu machen. So nannte er u. a. die erwähnte Fabrik eine Bruchbude. In den fraglichen Kreisen verfehlte man darunter nach Meinung des Gerichts ein Unternehmen, das systematisch das Prinzip verfolgt, die Arbeiter rücksichtslos auszubuten. Das Gericht hat dem Angeklagten den Schutz des § 193 zwar zugesprochen, aber angenommen, daß aus der Form der Beleidigung die Absicht der Beleidigung hervorgehe. Beleidigt seien die Inhaber der betreffenden Firma. Die Revision des Angeklagten wurde am 1. März vom Reichsgericht verworfen.

Man sollte wirklich nicht so lämpisch sein und wegen eines drastischen Ausdrucks, der vielleicht nicht ganz salonfähig ist, zum Staatslauf zu kommen. Wenn jeder Unternehmer, dessen Betrieb schon mal eine Bruchbude genannt worden ist, sich beleidigt fühlen und eine Klage einleiten wollte, so müßten wir viele Gerichte haben. Arbeiter sind eben keine Pensionärsleute und legen ihre Worte nicht so genau auf die Waagschale. Das sollten auch die Herren Richter wissen.

## Vom Ausland.

**Österreich.** In Graz sind die Lackiererwerkstätten Blühme, Urschitz und Neumahn gesperrt.

**Ungarn.** Nach Nagyvarad (Großwardein) ist Zugang fernzuhalten. — Die Franz Schonitzsche Lettenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Johann Gelverbau in Budapest bleiben gesperrt.

**Die Organisation der Arbeiter des Baugewerbes in Paris** erläutert folgenden Aufruf: "Kameraden! Unter dem Vorwand, daß die Überschwemmung die Ausführung wichtiger Arbeiten nötig machen wird, hat die Arbeitgeberchaft zu einem leicht zu verstehenden Zweck an die Arbeiter Frankreichs und des Auslandes einen Appell gerichtet.

Schon eine beträchtliche Anzahl von Kameraden hat sich durch diesen Aufruf verführen lassen und vergrößert so die Zahl der Tausende von Arbeitslosen in der Hauptstadt.

Wir möchten hiermit allen Arbeitern in Erinnerung bringen, daß Paris sich im Bohrloch befindet und daß sie aus diesem Grunde sich nicht dorthin begeben dürfen, wenn sie nicht die schon große Zahl der Unglücklichen noch vergrößern wollen. Wir können den Arbeiterhören, den nationalen und internationalen Verbänden und Gruppen nicht genug anempfehlen, diese Nachricht den Arbeitern zu übermitteln und sie in ihren Lokalitäten anzuhängen. Das Manöver der Pariser baugewerblichen Unternehmer ist durchsichtig genug, um von allen denkenden Arbeitern erkannt zu werden. Es dient dem Zwecke, künstlich ein Überangebot von Arbeitskräften heranzurufen, um dann willentlich die Löhne drücken und die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Diese schändlichen Absichten müssen vereitelt werden. Daher gehe niemand nach Paris!

**Der Beschäftigungsgrad und die Löhne der englischen Industrie im Jahre 1909.** Der vom englischen Arbeitsamt in der "Labour Gazette" veröffentlichte Bericht über den Beschäftigungsgrad, die Löhne und Arbeitszeiten in der englischen Industrie im Jahre 1909 konstatiert, daß mit Ausnahme des Spinnereigewerbes die Arbeitsverhältnisse zu Ende des Jahres 1909 bedeutend bessere waren als zu Ende 1908. Bereits in der ersten Hälfte 1909 setzte die Besserung ein, die in der zweiten in verstärktem Maße anhielt. Nur die Spinnereiindustrie litt stark unter dem Mangel an Rohmaterial und in den amerikanischen Baumwolle verarbeitenden Fabriken mußte seit Anfang Juli die Arbeitszeit auf wöchentlich 15½ Stunden herabgesetzt werden. Der Stohlenberg gab in wesentlich besonderen gegen Ende des Jahres gute Beschäftigungsziiffern auf, wenn auch der Durchschnitt der wöchentlich gearbeiteten Tage mit 5,14 etwas niedriger war als 1908 (5,23) und noch mehr als 1907 (5,51), das die höchste bis jetzt erreichte Zahl hatte. In der Holzindustrie waren gleichfalls im Dezember 1909 mehr Hochzeiten tätig als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Deutlich günstig liegen die Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie; die Eisen- und Weißblechwaren schlossen sogar mit einer Verdopplung der in Betrieb befindlichen Werke ab. In der Maschinen- und Schiffsbauindustrie sank die Prozentziffer der nicht beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder von 14,0 resp. 24,7 Ende 1908 auf 9,8 und 16,9 Ende 1909.

Nach den von den Gewerkschaften an das Arbeitsamt gelieferten Berichten, die ca. 700 000 Mitglieder umfassen, war die Zahl der arbeitslosen Gewerkschafter im Jahre 1909 7,7 Prozent gegen 7,8 in 1908, 7,7 in 1907, 3,6 in 1906, 5,0 in 1905 usw. Vergleicht man die einzelnen Monate der beiden letzten Jahre, so finden wir im Januar 1909 noch ein Mehr von Arbeitslosen gegen 1908 von 2,9 Prozent, das sich bis Mai auf 0,5 Prozent reduziert; Juni und Juli balancieren die beiden Ziffern, um dann bis zum Ende des Jahres in ein Minus an Arbeitslosen für 1909 von 2,5 Prozent umzuschlagen.

Eine entsprechende Bewegung haben auch die Löhne durchgemacht, wenn auch die Besserung hier etwas später eingezogen hat. Das englische Arbeitsamt berechnet alljährlich die in einer Reihe der wichtigsten Industrien an sämtlichen beschäftigten Arbeiter — nicht nur die Gewerkschafter — gezahlten Löhne und die daraus sich ergebenden Schwankungen. Demnach wurden im ersten Quartal 1909 im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres 50 822 £ wöchentlich weniger Gehaltslohn gezahlt, im zweiten Quartal noch 17 954 £, im dritten nur noch 1234 £ und im vierten bereits 798 £ mehr. Das Gesamtergebnis war demnach für 1909 immer noch ein Minusbetrag gegen 1908 von 69 212 £ pro Woche, d. i. rund 72 Millionen Mark pro Jahr = 63 M. auf den beschäftigten Arbeiter. Von den in Betracht kommenden 1 150 919 Arbeitern erhielten 16 481 Aufbesserungen ihrer Löhne in der Gesamthöhe von 697 £ pro Woche und 1 129 511 Reduktionen in der Gesamthöhe von 69 903 £. Bei den übrigen 4927 gleich sich das Auf und Ab der Löhne im Laufe des Jahres aus.

Die Arbeitszeit wurde infolge des schlechten Geschäftsanges in den meisten Industrien eingeschränkt. Nur für 1909 Arbeiter wurde sie um 3278 Stunden wöchentlich erhöht; für 61 063 fanden Reduktionen in der Gesamthöhe von 110 277 Stunden in der Woche statt. Es sind bei dieser Berechnung die durch den Kohlenbergbau-Altvon 1908 veränderten Arbeitszeiten nicht mit in Betracht gezogen.

Auch die englische Industrie zeigt bereits im abgelaufenen Jahre die Merkmale eines beginnenden Aufschwungs, der hoffentlich eine neue Hochkonjunkturperiode einleiten wird.

**Das Unterstützungswochen in den nordamerikanischen Gewerkschaften.** Der Jahresbericht des Bureaus für Arbeitsstatistik enthält eine lehrreiche Übersicht über das Unterstützungswochen der Arbeitervereinigungen in den Vereinigten Staaten. Insgeamt umfaßt dieser Bericht etwa 1200 Unterstützungsklassen, darunter 84 Kassen der Nationalen- oder Zentralverbände, die sämtlich Sterbegeld von 15 Dollar an bis zu 4500 Dollar zahlen. Der am meisten übliche Satz jedoch ist 100 Dollar, der in sieben Organisationen sowohl beim Ableben eines Mitgliedes, wie dessen Ehefrau ausgezahlt wird, natürlich entsprechend der Beitragssklasse und der Dauer der Mitgliedschaft. Nur 19 dieser Verbände zahlen eine Unterstützung in Fällen temporärer Arbeitsunfähigkeit, die zudem in nur zwei Fällen 6 Dollar übersteigt. Unterstützung bei bauernder Arbeitsunfähigkeit zahlen 22 Verbände. Unterstützung zahlen bisher erst 4 Verbände, doch soll dieser Unterstützungszyklus demnächst bei weiteren fünf Organisationen in Kraft treten. Nur vereinzelte Verbände zahlen Arbeitslosenunterstützung, Entschädigung bei Verlust durch Schiffsbruch, von Wertzeug usw. Verhältnismäßig ausgedehnt ist ein besonderes Unterstützungsysten noch in den lokalen Organisationen bzw. Gruppen. Der genannte Bericht umfaßt 630 solcher lokalen Unterstützungsklassen aus etwa 90 Berufen, doch ist deren Zahl bedeutend höher. Wenige Kassen nur zahlen eine wöchentliche Unterstützung von 10 bis 15 Dollar bei temporärer Arbeitsunfähigkeit, andere dagegen nur 1 bis 2 Dollar, während viele 5 Dollar zahlen. Rund 9 Prozent der Gesamtmitglieder bezogen für durchschnittlich 27½ Tage eine solche Unterstützung, die sich auf rund 80 Cents 3,30 Mark pro Tag belas. Die Durchschnittssumme der Sterbeunterstützung betrug in allen Verbänden je 116,88 Dollar für Mitglieder, 50 Dollar beim Ende der Ehefrau eines Mitgliedes.

Zum allgemeinen ist das Unterstützungswochen in den amerikanischen Gewerkschaften, abgesehen von der Sterbeunterstützung und den Unterstützungen, die von Kassen gewährt werden, an denen auch der Unternehmer partizipiert, oder zu denen sogar der Beitritt für die Arbeiter obligatorisch ist, noch wenig entwickelt.

## Technisches.

Auf dem 3. Haupttag des Malererverbandes Deutscher Arbeitgeber im Malergewerbe zu Nordhausen erhielt der Leiter der ersten bergischen Spezial-Fachschule für Holz- und Marmormalerie, Herr Carl Steichenberg, Malermaster zu Remscheid-Haßling, die höchste Auszeichnung, das Ehrendiplom und ersten Preis an-

erkannt. Die Schule wies im letzten Wintersemester eine Frequenz von 48 Schülern auf.

**Patentfragen.** Von Patentbüro D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

#### Angemeldete Patente:

- M. 22 d. A. 1280/09. Verfahren und Vorrichtung zum Weichthalen von Farbenpinseln. Wilh. Kassenbrock, Malermeister in Hüsten-Mühr. Aug. 19. 2. 09.  
M. 37 d. A. 3254/09. Verfahren und Vorrichtung zum Bemalen von Zimmerwänden. Rob. Bouda, Maler in Gloggnitz, N.-Osterr. Aug. 15. 4. 09.  
M. 70 b. A. 5595/09. Malfasen. Eugen Sürich, Kunstmaler in Berlin-Schöneberg. Aug. 17. 7. 09.

#### Ereichte Patente:

- M. 75 c. 219982. Farbzylinder, bei dem die Farbdose und die Luftdose leicht lösbar miteinander verbunden sind. Clemens Graaff, Berlin, und Hans Witorek, Schöneberg. Aug. 30. 1. 09.  
M. 75 c. 219983. Vorrichtung zum Erweichen und Aufspannen der an vertrockneten Oelfarbenpinseln haftenden Oelfarbe in einem luftdicht verschließbaren Behälter. Wilh. Kassenbrock, Hüsten a. Mühr. Aug. 31. 1. 09.  
M. 75 c. 219984. Haltevorrichtung für Schablonen zum Bemalen von Decken und Wänden. Karl Bünger, Hannover-Linden. Aug. 3. 8. 09.

#### Gebrauchsmuster:

- M. 75 c. 407871. Signier- und Schablonierapparat. Christian Rud. Pausch, Kaiserhammer, Marktleuten. Aug. 3. 1. 10.  
M. 75 c. 409558. Holzmaser-Schablone. Franz Laesche, Leipzig. Aug. 27. 11. 09.

#### Literarisches.

Arbeiterbibliotheken sollten nicht versäumen, sich den soeben erschienenen Band 2 des 13. Jahrgangs der Zeitschrift "In Freien Stühlen" anzuschaffen. Von vielen Bibliotheken haben wir gehört, daß diese Bände sehr gerne gelesen werden und insogedessen die Nachfrage eine rege ist. Der Inhalt des zuletzt erschienenen Bandes ist wieder außerordentlich reichhaltig. Als Hauptroman ist Stefan vom Grillehof von Anna Quitsky abgedruckt. Außerdem sind die Novellen, Es lebe die Gerechtigkeit, von Theodor Willige, die Skizze Eine Stunde im Leuchtturm, von Moritz Hartmann, sowie viele kleine Episoden und kurze Aufsätze populär-wissenschaftlicher Natur veröffentlicht. In der Rubrik Welt und Herz sind die besten Witze der bekannten deutschen Blätter nachgedruckt.

Der Preis ist, in Leinen gebunden, 3.50 M., in Halbfarz 4.— M. Alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen. Wegen eines Verzeichnisses der früher erschienenen und noch vorrätigen Halbjahrsbände wende man sich an den Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

"Der Bibliothekar" Nr. 3 (März 1910) ist soeben erschienen. Die zehn Seiten starke Nummer hat folgenden Inhalt: Die Jugendbibliothek in Ottakring. — Die Nach der Volkschule und Dinkelmänner. Von Hanauer. — Zur Bibliotheksverwaltung. Von E. Pantzel, Wien. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. Von Jhl. — Bücherbesprechungen. — Bibliotheksergebnisse: Augsburg, Berlin, Biberburg, Halle a. S., Köln, Leipzig. — Bericht über die Resultate der Umfrage über die Arbeiterbibliotheken Deutschlands. Der Bezugspreis für die reichhaltige in Leipzig erscheinende Zeitschrift beträgt nur 2 M. im Jahre.

**Sterbetafel.**  
Mannheim. Am 19. Februar starb unser Kollege Hans Seybert im Alter von 18 Jahren infolge eines Eisenbahnunglücks.  
Mülhausen i. G. Am 16. Februar starb unser Kollege Karl Bäumlin im Alter von 38 Jahren.  
Ihre ihm Andtenten!

#### Vereinsteil.

##### Bekanntmachung.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Max Lindstätter, Buchn. 50 832, bez. bis 43. Woche 09 (Plauen); Fos. Rohrbach, Buchn. 46 329, bez. bis 49. Woche 09 (Dresden); Aug. Blaurock, Buchn. 59 976, bez. bis 2. Woche 10 (Cöln); Ferd. Becker, Buchn. 76 475, bez. bis 8. Woche 10 (Hauptkasse).

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 7 b wurden die Mitglieder Franz Hamann, Lacklerer, Buchn. 49 626; Herm. Hoffmann, Lacklerer, Buchn. 67 721; Heinrich Löbel, Lacklerer, Buchn. 55 184; Fritz Simon, Maler, Buchn. 129 149; Walter Bini, Maler, Buchn. 129 313. Ferner die Mitglieder Ernst Konzack, Buchn. 68 000, und Emil Löwinski, Lacklerer, Buchn. 18 290, auf Grund des § 7 Abs. c durch die Filiale Berlin.

Die Neuwahl und Erneuerung der Filialverwaltungen, welche bis zum 5. März beim Vorstande gemeldet wurden, werden hiermit bestätigt.

#### Der Vorstand.

**Bericht der Hauptkasse vom 1. bis 7. März.**  
Eingesandt wurden für die Hauptkasse: Ostywo M 21.35, Mühlhausen i. G. 150.—  
Für den "Vereins-Anzeiger": Dresden M 24.— Leipzig 1.20.

Material wurde versandt:

V. = Beitragsmarken. G. = Eintrittsmarken.  
D. = Duplikatmarken. B. M. = Vereins-Anzeiger-Marken. M.-M. = Marken-Mappen. F. = Futterale. Br. = Broschüren. K. = Kalender. Pr. = Protokolle.  
Altenburg 1200 B. a 60 d.; Alschersleben 400 B. a 50 d.; Braunschweig 4000 B. a 60 d.; Crimmitschau 400 B. a 20 d.; Darmstadt 6000 B. a 60 d.; 1200 B. a 25 d.; Dresden 20 M.; Düren 400 B. a 20 d.; Eberswalde 400 B. a 60 d.; Elsenach 1200 B. a 60 d.; Frankfurt a. O. 800 B. a 50 d.; 400 B. M. a 10 d.; Freiburg 2000 B. a 60 d.; 50 G.; Friedberg 20 G.; Göttingen 2000 B. a 60 d.; Halle 10 D.; Hamburg 50 000 B. a 60 d.; 500 G.; 50 F.; Hannover 20 P.; Hirschberg 800 B. a 50 d.; Jena 20 G.; Kaiserslautern 1200 B. a 50 d.; Karlsruhe 4000 B. a 60 d.; 100 G.; Kolberg 400 B. a 50 d.; 200 B. a 20 d.; Leipzig 800 B. a 35 d.; Lübeck 2000 B. a 60 d.; 100 G.; Lörrach 400 B. a 60 d.; Meerane 2400 B. a 60 d.; Nürnberg 12 000 B. a 65 d.; Plauen 200 B. a 25 d.; Posen 2000 B. a 60 d.; 20 G.; Recklinghausen 400 B. a 60 d.; 200 B. a 25 d.; Saarbrücken 2000 B. a 60 d.; 100 G.; 20 F.; Stettin 100 G.; Würzburg 4000 B. a 60 d.; 30 G.

H. Wentker, Kassierer.

#### Zentral-Franken- und Sterbkasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Angeschlossene Häuserliste Nr. 71.)

**Bericht des Hauptkassierers vom 27. Februar bis 5. März.**

Überprüfungen von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Meyer-Bergedorf M 100.— Chiringer-

Konstanz 100.— Rohlf-Ulma a. G. 200.— Stute-Herford 100.—

Zuschlässe an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Nachow-Schwerin i. M. M 100.— Fischer-Waldburg i. Schl. 50.— Fischer-Pforzheim 100.— Lösel-Kirch i. B. 50.— Arnsberg-Dortmund 400.— Müller-Karlsruhe i. B. 100.— Doll-Gmünd 50.— Schreiner-Freiburg in Baden 100.— Freitag-Wilmersdorf bei Berlin 100.—

Krankengelder erhielten Buchn. 29 302, H. Petertag in Baren, M 13.50; Buchn. 1182, G. Fädel in Berlin, 20.25; Buchn. 24 846, P. Rademacher in Breslau, 13.50; Buchn. 28 631, F. Möll in Lahn (Höhenberge), 15.75; Buchn. 34 514, G. Wisschalla in Proslau, 27.—; Buchn. 34 059, P. Haussch in Bozen, 13.50; Buchn. 34 039, W. Krause in Bozen, 13.50; Buchn. 19 741, W. Möblus in Wallenstein, 13.50; Buchn. 7699, F. Hartmann in Limburg a. Lahn, 13.50; Buchn. 14 054, M. Blöschau in Graudenz, 13.50; Buchn. 30 761, W. Vogelsang in Elswarden in Oldenburg, 58.50; Buchn. 12 964, G. Küste in Landen, 20.25; Buchn. 33 032, R. Dipp in Langendreer, 22.50; Buchn. 32 394, G. Schröder in Großschirma, 103.50; Buchn. 5468, L. Bauer in Cassel, 13.50; Buchn. 21 317, R. Schäfer in Ostrach, 13.50.  
H. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Das Reglement des Schiedsgerichts bringen wir gemäß § 16 des Kassenstatuts vom 4. April 1909 erneut zur Kenntnis.

1. Die fünf Mitglieder des Ausschusses bilden das Schiedsgericht. Dasselbe hält seine Sitzungen nach Bedarf ab.

2. Derjenige, welcher das Schiedsgericht zur Entscheidung anruft, wird von dem statthaftenen Termin mit Angabe des Sitzungsorts in Kenntnis gesetzt, damit er für seine Verteidigung Sorge tragen oder selbst erscheinen kann.

Reisekosten oder Entschädigungen an die Kläger oder deren Vertreter werden nicht vergütet.

3. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts werden in der gleichen Sitzung veröffentlicht, in der die Sachen verhandelt und zu Ende geführt wurden. Die Verhandlungen sind öffentlich.

4. Ist bei Aufruf der Sache der Kläger oder ein Vertreter nicht zugegen, wird unbeschadet ersterer in die Verhandlung eingetreten und nach Lage der Akten verhandelt.

5. Zum Sitzungstermin hat ein Vertreter des Vorstandes, welcher zu laden ist, zu erscheinen.

6. Dem Kläger steht das Recht zu, sich eines beliebigen Vertreters zu bedienen. Derselbe muß im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und mit Vollmacht versehen sein. Liebrigens vertreten zwei Schiedsrichter den Kläger und zwei den beklagten Vorstand. Kann im ersten Termin die betreffende Sache nicht endgültig erledigt werden, weil weitere Beweiserhebung stattfinden muß, so ist der Vertreter zum nächsten Termin zu laden. Ist die Sache zur nächsten Sitzung vertagt, so gilt die Ladung als erlassen, wie der Obmann des Gerichts den Termin in der Sitzung bestimmt.

7. Die Entscheidungen werden dem Kläger portofrei beigebracht, vom Obmann ordnungsgemäß beglaubigt, beim Amtsgericht in Hamburg deponiert.

8. Berufung gegen Vorstandentscheidungen sind nur an den Obmann des Ausschusses zu richten.

9. Weitere Aenderungen bezw. Ausführungen in der Geschäftsordnung behält sich das Schiedsgericht vor.

Hamburg, 5. März 1910.

Chr. W. H.mann, Obmann des Ausschusses,  
Hamburg 23, Pappelallee 52.

#### Anzeigen.

## Filiiale Erfurt.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor im Restaurant des Kollegen Ferd. König,  
Markusgasse 6.

Vermittlung zu jeder Tageszeit. M 2.—

#### Die grossen Erfolge

welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.

#### Schule für Holz- und Marmor-Malerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5

Lindenstrasse 19.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März.

Man verlange Prospekt.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das räumlichst bekannte

#### Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg 11.

versendet gratis und franko

#### Malunterricht

für Holz, Marmor, Ornament, Blumen und Landschaft.

Erste Lehrkräfte. Honorar billiger.

Anmeldung zu jeder Zeit.

W. Draheim, Berlin-Niedorf, Schönstedtstr. 14.

#### 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—

Landschaften, Blumen, Tiere, Szenen usw.

Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

#### — Bücking's —

#### Maleranzug

„In Einem“

D. R. G. M.

Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit.

Willkommenster Anzug

der Welt.

Generalvertretung für Deutschland

George Evans

Geist Merckstr. 19

Hamburg.

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat

110 120 130 140 cm lang

jetzt 2.90 3.10 3.25 3.40 M.

Hosen aus Nesselstoff 2.— M. Mützen 40 d.

Dress-Hosen und Jacken à 3.— M. Extra-Größen 3.30 M. 11. Qualität 25 d. billiger.

Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brüderstraße 13, I.

#### Umfonst

geben, das geht nicht, aber für 15 Mark, also beinahe halb umsonst, erhalten Sie je einen Satz Greizer und Berliner Delfstrichtzähne, Kind- und Fischbaarmalzinsel, Stahl- und Lederkämme, je 1 Dachsatztreiber, Schläger, Nadeln 8" breit, 1 Blechpalete, 1 Werk für Decken und Wände, beim Kollegen

G. Job, Altenbergs 5, Tezelgasse 18.

Empfehlen den Genossen mein Greizer Delfstrichtzähne, sowie Mittags- und Abendzähne, reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

#### Hermann Stramn

Berlin SO., Ritterstr. 128.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 9 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.

Verlag von H. Wentker, Hamburg 22.

Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.

**Der Neue Prospekt der Prachtvollen Schülerarbeiten**  
vom künstlerisch-technischen  
Institut für Maler  
H. Samid-Engweiler, Zürich  
ist soeben erschienen und gratis erh